Dienstag, 12. Juni 1923. Einzelnummer 400 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 129.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 9500.—
in den Ausgabestellen 9700.—
durch Zeitungsboten 10000.—
am Postamt ..... 10000.—
ins Ausland 15000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 250.— M. Reklameteil. 750.— M.
Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 250.— p. M. „ Reklameteil 750.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Rückblick auf die vorige Woche.

Nach einer französischen Zeitung wäre die letzte Woche eine große diplomatische Woche gewesen. Allerdings wurde während dieser Woche sowohl in Deutschland als auch in Frankreich und Belgien viel verhandelt. Ob diese Tatsache indessen zu der von den Franzosen so gern gebrauchten Bezeichnung „groß“ ausreicht, erscheint doch sehr zweifelhaft. Frankreich jedenfalls hat keinen Schritt zur Lösung wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten Europas in dieser Woche getan. Poincaré hat von seinen halsstarrigen Forderungen nicht ein Jota gestrichen.

Belgien wird wegen seiner finanziellen und innerpolitischen Schwierigkeiten immer von neuem unruhig. Diese Unruhe führte zu dem Wunsche, den Frankreich seit Besetzung des Ruhrgebietes nicht mehr zu haben schien, bestimmte Beschlüsse darüber zu fassen, was man eigentlich in der Reparationsfrage von Deutschland verlange. Dieses Begehren kam aber Herrn Poincaré nicht sehr gelegen. Wie der „Temps“ ausgesprochen hat, glaubt man nach der Besetzung des Ruhrgebietes alles, was man wünscht, in den Händen zu haben. Die Wirtschaftslage Frankreichs ist nach englischen Zeugnissen recht gut, und so glaubt Frankreich, das tatsächlich in erster Linie politische Ziele verfolgt, es ruhig darauf ankommen lassen zu können, daß die Reparationsfrage ungeregelt bleibt, wenn es nur seine versteckte Arbeit an der Loslösung des Saargebietes, des Rheinlands und des Ruhrrevieres fortsetzen kann. Poincaré reiste persönlich nach Brüssel zu einer Konferenz am 6. d. M., und es war so, als ob ein strenger Lehrer in eine Klasse mit unruhigen Schulbuben eintritt. Alles wird ruhig und nimmt seinen Platz ein. So beendete auch Poincarés Auftreten das unruhige Planen der Belgier. Es wurden Beschlüsse gefaßt, die nichts Neues enthalten, sondern weiter an den beiden Forderungen festhalten, mit denen Frankreich bewußt die Einigung mit Deutschland verhindern will: Aufgabe des passiven Widerstandes und keine Räumung vor Zahlung.

In Frankreich haben aber nicht alle Menschen so starke Nerven und ein so abgebrühtes Gewissen wie Poincaré. Unter den Chauvinisten gibt es eine Gruppe der Royalisten, die von Léon Daudet geführt werden, deren Nervosität infolge der gegenwärtigen Lage bedenkliche Formen annimmt. Es kam zu schmutzigen Attentaten auf drei Abgeordnete der Linken, darunter den edlen Marc Sanguier, einen frommen Katholiken und Anhänger der Völkerversöhnung. (Es gibt auch noch solche Franzosen.) Die Existenz solcher Leute ist für die verbrecherischen französischen Nationalisten schon an sich eine Bedrückung des Gewissens. Diese royalistischen Attentate gaben zu einer bewegten Kammerdebatte Anlaß, in der als Führer der republikanischen Linken der Abgeordnete Herriot scharf gegen die Rechte auftrat und auch Vorwürfe gegen die Regierung richtete. Der Innenminister erklärte, daß er soeben eine allgemeine royalistische Verschwörung in Frankreich entdeckt habe.

In Deutschland war die Woche ausgefüllt von den Verhandlungen der Regierung mit den führenden Wirtschaftsverbänden. Die deutschen Gewerkschaften hatten gegen das Industrieangebot, und zwar besonders gegen die Bedingungen, die der Regierung in ihm gestellt wurden, scharfen Protest erhoben. Besonders erblickte man in dem Angebot einen verschleierten Vorschlag der Aufhebung des Achtstundentages. Das Resultat dieser Beratungen war das deutsche Memorandum, das am Donnerstag, dem 7. Juni, in den Hauptstädten der Alliierten überreicht wurde und das sich darauf beschränkt, als Ergänzung der deutschen Note vom 2. Mai den Alliierten die von ihnen gemeinsam gewünschten Auskünfte zu geben. Jede Äußerung über die strittigen Fragen politischer Natur wie den passiven Widerstand im Ruhrgebiet und die Sicherheitsfrage läßt das deutsche Memorandum beiseite. Es bietet als Garantie des Staates die Gesamtheit der deutschen Eisenbahnen, die eine halbe Goldmilliarde jährlich bringen sollen, für eine andere halbe Milliarde soll die deutsche Wirtschaft garantieren, und darüber hinaus sollen noch Zölle, Verbrauchssteuern und das Branntweinmonopol zur Verfügung der Reparationszahlungen gestellt werden. Es handelt sich also um vollkommen sichere und sehr weit gehende finanzielle Grundlagen, die eine völlig ausreichende Gewähr für Jahreszahlungen von mindestens 1¼ Milliarden darstellen.

Wie wird Frankreich antworten? Ohne Frage ablehnend. Obgleich man in weitesten Kreisen überzeugt war, daß die Ruhrbesetzung ein Mißgriff war, so will man dies doch um des Prestiges willen nicht zugeben und verbeißt sich hartnäckig in die Forderung der Aufgabe des passiven Widerstandes, die Deutschland einfach nicht erfüllen kann, weil die Besetzung ein Rechtsbruch ist und dem Versailler Vertrag widerstreitet. Außerdem würde die Bevölkerung selbst auf Wunsch der Regierung den Widerstand nicht aufgeben. Was soll mit all den abgesetzten, ausgewiesenen, eingekerkerten und verurteilten deutschen Beamten und anderen Bürgern werden? Frankreich muß sich doch sagen, daß die deutsche Regierung ehrlos werden müßte, um diese Leute im Stiche zu lassen und ihren Widerstand als überflüssig zu kennzeichnen.

Im Innern Deutschlands kam es in mehreren größeren Städten zu Unruhen, die zum Teil einen ernsten Charakter annahmen. In dem roten Sachsen, wo der Kommunismus am stärksten ist, kam es zu Blutvergießen. Am schlimmsten war es in Leipzig, wo es acht bis zwölf Tote gab. Diese Unruhen sind keine planmäßige kommunistische Aktion, sondern eine Folge des gefährlichen deutschen Marksturzes, der den Dollar bis an 80 000 herantreibt, und zu einer ungewöhnlich schnellen Erhöhung aller Preise führte. Über den Marksturz hielt ein besonderer Untersuchungsausschuß des Reichstages eine Anzahl von Sitzungen ab, in denen verschiedene Sachverständige, vor allem der Reichsbankpräsident Havenstein, angehört wurden. Es ergab sich schließlich, daß die Hauptschuld auf Frankreich fällt, da die deutsche Dollaranleihe, auf die man große Hoffnungen gesetzt hatte, durch eine erfundene französische Pressenotiz des Inhalts, die Reparationskommission beabsichtige, gegen die Anleihe zu protestieren und den Ertrag für sich in Anspruch zu nehmen, schwer geschädigt wurde. Auch im Reichstag kam es zu einer Teuerungsdebatte, bei der die Sozialdemokratie scharfe Angriffe gegen die Kreise richtete, die vom Marksturz profitieren. Mehrere Minister, am geschicktesten der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker, wiesen diese agitatorischen Ausführungen, die sich zu Angriffen auf die gesamte deutsche Wirtschaftsführung gestalteten, zurück. In Berlin fanden eine Anzahl sozialdemokratischer Versammlungen statt, bei denen ebenfalls gegen die Teuerung protestiert und gegen einen „Dolchstoß der Industrie“ Protest erhoben wurde. Zum Schluß erklärten alle Anwesenden, daß sie sich für den Ruf der sozialdemokratischen Partei bereithalten.

Im Orient ist die Lage ruhig. Eine ernstere Gefahr für den Frieden hat sich nicht wieder gezeigt. Griechenland bemüht sich in Belgrad um Anschluß an die kleine Entente. Bulgarien hält allerdings an der Forderung eines freien Zutrittes zum Meere durch souveränen Besitz des Hafens Dedeagatsch fest, ist aber viel zu schwach, um deswegen es zu ernsteren Verwicklungen kommen lassen zu können. In Lausanne ist Amerika im Begriffe, durch seinen an der Konferenz teilnehmenden Beobachter einen Sondervertrag mit der Türkei zu schließen. Ein Ende hat allerdings die Konferenz noch nicht erreicht. Es sind noch eine Anzahl von Schwierigkeiten zu überwinden. Die Türkei kämpft zäh um ihre Rechte und sucht auf allen Gebieten ihre Interessen in jeder Richtung zu wahren. Besondere Schwierigkeiten macht die Frage der Konzessionen. Die Alliierten möchten diese Frage gern im Handumdrehen erledigen, wobei natürlich die Türkei schlecht abschneiden würde. Es ist selbstverständlich, daß derartige Verhandlungen in Ruhe und am besten möglichst nahe an den fraglichen Objekten geführt werden müssen. Daher verweist man in Lausanne die Sache nach Angora, wo zurzeit schon verhandelt wird. Die Türkei ist unter Umständen zu einem Kompromiß bereit, wenn Frankreich sich mit der Frage der Kupons der ottomanischen Schuld nachgiebig erweist. Selbstverständlich muß die kleine Türkei, die soviel verloren hat, ihre Geldmittel zusammenhalten. Eine weitere Schwierigkeit ist die Frage der Armenier. Diese sind von jeher die Todfeinde der Türken. Sie wurden von ihnen schon lange vor dem Kriege grausam verfolgt und veranstalteten natürlich infolgedessen eine ganze Reihe von Verschwörungen. Man verlangt nun von der Türkei eine Amnestie und Rückkehrerlaubnis für 100 000 Armenier, die in Smyrna sitzen, wo sie von den Franzosen unterhalten werden. Natürlich würden die Armenier in der Türkei ein Element der Unruhe bilden, und es läßt sich verstehen, daß die Angoraregierung sich mit allen Mitteln dagegen sträubt. Frankreich könnte diese Armenier ganz gut in Syrien unterbringen. Es will sie aber lieber in der Türkei als ein Mittel zur Unruhestiftung benutzen und hofft dadurch Gelegenheit zu bekommen, sich in die inneren Angelegenheiten der neuen Türkei einzumischen. Wenn in dieser sowie in der Kuponfrage bald eine günstige Lösung gefunden wird, so ist möglicherweise in dieser Woche noch der Abschluß des Friedensvertrages in Lausanne zu erwarten.

Der Anschluß Griechenlands an die kleine Entente liegt ebenfalls im Sinne der französischen Politik, die bestrebt ist, die kleine Entente immer mehr in ihre Dienste zu nehmen und eine neue Ostliga der Slawenstaaten mit Einschluß Rumäniens, Bulgariens und Griechenlands schließen möchte, worüber wir in Nr. 125 berichteten.

Die Aufnahme des deutschen Memorandums.

Günstige Aufnahme in England.

Das deutsche Memorandum wird in der englischen Presse übereinstimmend als ein bedeutender Fortschritt gegenüber allen früheren deutschen Vorschlägen betrachtet. Fast übereinstimmend wird die Hoffnung und der Wunsch ausgedrückt, daß die Alliierten eine gemeinsame Antwort absenden und zu einer Konferenz zusammentreten mögen. Auf der anderen Seite ist es ebenso deutlich, daß sich die Blätter gegenüber den in Brüssel formulierten französisch-belgischen Forderungen in nicht geringer Verlegenheit befinden. Man kann deshalb, soweit England in Frage kommt, das Ergebnis vorläufig dahin zusammenfassen, daß die Note unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten als befriedigend angesehen wird, daß aber die bestehenden Schwierigkeiten in politischer Hinsicht fortbestehen, ohne daß die Möglichkeit eines Ausweges zu erkennen wäre.

Die „Times“ führen aus, daß die Note zweifellos die Meinung der ganzen Welt einschließlich Frankreichs günstiger beeinflussen werde, als alle früheren deutschen Vorschläge. Ob sie freilich die wirtschaftlich Eingestellten befriedigen werde, sei eine anders Frage. **Die Note stelle tatsächlich das Letzte der deutschen Regierung dar in dem Sinne, daß ihre glatte Ablehnung zur Aufgabe jedes weiteren derartigen Versuches führen und in Deutschland ein sozialpolitisches Chaos hervorbringen müßte.**

Im „Daily Telegraph“ wird die Frage erwogen, ob angesichts des befriedigenden Charakters der Note eine sofortige und endgültige Antwort der einzelnen Alliierten notwendig sei, bevor sie nicht Gelegenheit zu einer gemeinsamen Aussprache gefunden haben. Es sei ernsthaft zu hoffen, daß der Weg zu einer solchen Aussprache und zur Wiederherstellung der alliierten Einheitsfront nicht durch einseitig aufgestellten Bedingungen einer einzigen Macht versperrt werden würde. Leider aber müsse man mit der Möglichkeit rechnen, daß einige Alliierte die Lösung der europäischen Krise nicht als dringend empfinden wie England. Die englische Regierung werde nun entscheiden müssen, ob sie hinsichtlich der deutschen Note die Initiative ergreifen und ihren Standpunkt den Alliierten vorlegen wolle, oder ob sie die Ansicht der übrigen Verbündeten, wie dies bei der vorigen Note geschah, abwarten wolle.

Bemerkenswert ist, daß selbst die „Morningpost“, die den äußersten Flügel der Konservativen vertritt, die Note als geeignete Basis für eine Diskussion betrachtet und eine gemeinsame Antwort der Alliierten vorschlägt, durch die der passive Widerstand am besten beendet würde.

Die „Daily News“ sagt, wenn Frankreich auf seiner Brüsseler Forderung bestehe, dann sei jede Hoffnung auf eine gemeinsame Aktion der Alliierten geschwunden. Es sei kindisch, zu erwarten, daß eine deutsche Regierung den passiven Widerstand absagen könnte, ohne sich dadurch selber zu stürzen.

Die linksliberale „Westminster Gazette“ betont, daß eine Zustimmung zur Ruhrbesetzung, wie sie von Frankreich gefordert werde, für England ganz unmöglich sei. Wenn eine gemeinsame alliierte Politik nur auf dieser Grundlage zu erreichen wäre, dann müsse England verzichten und eine eigene englische Politik entwickeln.

Der sozialistische „Daily Herald“ schließlich befürchtet im Gegensatz zu den übrigen Blättern, daß die neue Note die Lösung der Reparationsfrage und die Räumung des Ruhrgebiets nicht einen Schritt weiter bringen werde.

Asquith gegen Ablehnung.

Asquith erklärte unter Beifall in einer Rede in Paisley zur Reparationsfrage, es sei eine Vorbedingung für jedes Zusammenwirken zwischen den Alliierten, daß die abgeänderten Vorschläge, die die deutsche Regierung jetzt unterbreite, nicht summarisch abgelehnt würden, sondern das Thema ernstlicher Erwägungen und Erörterungen bilden müßten.

Eine energische Erklärung Mussolinis.

In der Sitzung der Kammer vom 8. Juni ergriff Ministerpräsident Mussolini das Wort zu einer Erklärung. Er wies darauf hin, daß Italien, abgesehen davon, daß es sich bessere Grenzen erobert habe, bei den Friedensverträgen von den durch sie gewährten wirtschaftlichen und kolonialen Vergünstigungen tatsächlich ausgeschlossen worden sei. Die während des Krieges unterschriebenen feierlichen Abmachungen seien außer Kraft getreten und nicht durch andere ersetzt worden. Die Zurücksetzung, die Italien erfahren habe, laste noch schwer auf der italienischen Wirtschaft. Nunmehr gelte es, das verlorene Terrain wiederzugewinnen und die verlorene Zeit einzuholen.

Der Ministerpräsident betonte, daß sich die Lage seit Oktober in bemerkenswerter Weise gebessert habe. Der Zeitpunkt für eine politische Aktion allgemeiner Natur sei günstig, die darauf abziele, so rasch wie möglich die politische Lage des Kontinents auf normale Bedingungen zurückzuführen. „Es ist ein italienisches Interesse ersten Ranges,“ fuhr der Ministerpräsident fort, „die friedliche Lösung der europäischen Krise zu beschleunigen.

Deutschland kann und muß den Betrag bezahlen, der bereits jetzt im allgemeinen aufgestellt zu sein scheint und von den mehreren hundert Milliarden, von denen nach Abschluß des Waffenstillstandes die Rede war, weit entfernt ist.

Italien kann keine Abänderungen oder Umwälzungen territorialer Art dulden, die eine Hegemonie politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Art herbeiführen können.

Italien will seinen Anteil am Opfer tragen, falls das für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft notwendig sein sollte. Die italienische Regierung beharrt heute mehr als jemals, und insbesondere angesichts der letzten deutschen Note, auf ihrem Standpunkt, daß die Reparationsfrage und die Frage der europäischen interalliierten Schulden miteinander in engem Zusammenhang stehen und in einem gewissen Sinne von einander abhängig sind. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Besetzung des Ruhrgebiets die Reparationskrise außerordentlich verschärft hat.

(Über die Haltung Frankreichs und Belgiens siehe Seite 3.)

Die nationalen Minderheiten und das Kabinett Witos.

In der Aussprache über die Programmrede des Ministerpräsidenten Witos im Senat am 8. Juni d. Js. brachte der Senator Hasbach den Standpunkt des deutschen Senatsklubs mit folgenden Worten zum Ausdruck:

Hohes Haus! Eine Reihe der Ressortminister, die heute auf dieser Bank sitzen, sind uns von früher her nicht unbekannt. Sie werden sich nicht wundern, meine Herren, wenn wir gegen dieses so zusammengesetzte Kabinett das größte Mißtrauen haben. Durch die Presse geht ohne Dementi der Entwurf des Vertrages zwischen der Chjena und Witos; da heißt es: Kampf den Minderheiten bis aufs Messer. Im Gegensatz zu dieser auf die schärfste Unterdrückung der Minderheiten gerichteten Vereinbarung hören wir aus dem Munde desselben Herrn Witos einerseits, die neue Regierung fühle sich frei von jedem Chauvinismus, andererseits konstatieren wir ein glattes Übergehen der vitalsten Minderheitsfragen. Dort schärfste Kampfansage, hier Versprechungen ohne realen Hintergrund.

Wir sind Freunde einer starken Staatsregierung; aber wir können dennoch nicht glauben, daß das ein Zeichen der Stärke des Staates ist, wenn er es, wie das zum Beispiel in Oberschlesien der Fall war, geschehen läßt, daß zwei private Organisationen, und zwar der O. K. Z.-Verein und die Aufständischen, ohne Rücksicht auf Regierung und Gesetz nach Gutdünken die gesamte Bevölkerung ungehindert terrorisieren dürfen. Wir möchten nicht annehmen, daß dieses Gebaren der genannten Organisationen im Einvernehmen mit der Regierung geschieht.

Wie schon erwähnt, hat die Regierung erklärt, sie fühle sich frei von jedem Chauvinismus, auch werde sie den Bedürfnissen der Minderheiten in Kirche und Schule Rechnung tragen. Das könnten goldene Worte sein, wenn ihnen die Tat auf dem Fuße folgte. Die neue Regierung wird in nächster Zeit öfter Gelegenheit haben, zu beweisen, daß sie es ernst meint mit dem, was sie verspricht.

Bleibt dieser Beweis aus, so bleibt uns, der deutschen Fraktion, nichts anderes übrig, als in die schärfste Opposition zu treten.

Herr Senator Skulski sagte soeben, Polen sei ein kranker Organismus. Meine Herren, ich suche den Grund hierfür unter anderem darin, daß nicht der ganze Organismus gleichmäßig ernährt wird, sondern daß gewisse Teile, in diesem Falle die nationalen Minderheiten in Polen als Gliedmaßen zweiter Klasse dieses Organismus bisher behandelt worden sind, denen durch alle möglichen Erschwernisse die Existenz verkümmert worden ist. Gebt allen Bürgern des Staates gleiches Recht, und die Kämpfe im Innern des Landes werden aufhören, und der Staatsorganismus wird gesunden.

In seiner Antwort auf die vorgetragenen Reden sagte der Ministerpräsident in Bezug auf die Rede des Herrn Senators Hasbach wörtlich folgendes:

Von anderen Rednern hat Senator Hasbach u. a. das doppelgesichtige Vorgehen der Regierung bemerkt, also einerseits soll irgendwo gesagt worden sein, daß die Regierung den Kampf führen würde bis zur Ausrottung der Minderheiten. Ich möchte gern die Quelle und die Beweise dafür haben, denn die Regierung hat das nicht gesagt, und wenn irgendwo eine einzelne Person etwas derartiges gesagt haben sollte, so ist die Regierung für die Äußerung irgend jemandes nicht verantwortlich. Die Regierung kann die Verantwortung nur für das übernehmen, was sie offiziell von der Tribüne gesagt hat, und die Regierung wird bemüht sein, das ins Leben treten zu lassen. Der Senator Hasbach hat aber gefordert, daß, wenn die Regierung auf diesem Standpunkt steht, sie ihr Versprechen sofort erfüllen soll. Der Senator Hasbach ist gewiß ein zu ernster Mann, um zu verlangen, daß Aufgaben großen Umfanges irgendwo in der Welt durch irgend eine Regierung sofort gelöst werden können. Das ist gewiß nirgends auf der Welt vorgekommen, und auch bei uns wird es nicht eintreten. Und darum kann ich nur sagen, daß das, was im Exposé ausgedrückt ist, durch die Regierung aufs genaueste ausgeführt wird. Zur Erledigung umfangreicher Angelegenheiten muß man Zeit haben, und darum kann niemand — auch nicht der Herr Senator Hasbach — fordern, daß das, was auf längere Zeit berechnet ist, gleich geschehen muß. (Zwischenruf: Welche Forderungen halten Sie für recht und welche für unrecht?) Die Antwort hierauf wird so sein, wie die Frage ist. Es würde schwierig sein, das aufzuzählen, denn dieser Forderungen gibt es viele, und darum müßte man einige dieser gerechten Forderungen aufstellen, um darauf eine Antwort zu geben. Und wenn ich sagen soll, welche Forderungen richtig und welche unrichtig sind, so antworte ich darauf: alle sind richtig und keine ist unrichtig.

Es ist zu beachten: Der Senator Hasbach hat in seiner Rede ausdrücklich gesagt, daß die Vernichtung der deutschen Minderheit in dem zwischen der Chjena und Witos geschlossenen Vertrage ein Hauptpunkt war. Wie kann der Ministerpräsident danach wegwerfend sagen: „soll irgendwo gesagt worden sein“?

Neue Verurteilung eines deutschen Redakteurs.

Vor dem Kreisgericht in Bromberg wurde Freitag gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Rundschau“, Johannes Kruse, verhandelt, dem die Staatsanwaltschaft zur Last legte, durch die Veröffentlichung von Artikeln aus dem Ruhrgebiet in Nr. 21 der Zeitung („Propaganda“, „Die Bluttat von Bochum“, „Die Bluttat von Langendreer“, „Die Verhaftungen im Ruhrgebiet“) gegen den Artikel 360" (Grober Unfug und Erregung öffentlichen Ärgernisses) verstoßen zu haben. Die Anklagebehörde stellte sich auf den Standpunkt, daß durch die unter den obigen Titeln erschienenen Artikel öffentliches Ärgernis erregt worden sei. In Anbetracht des polnisch-französischen Bündnisses sei es eine Schande, daß in Polen erscheinende Zeitungen derartige Artikel veröffentlichen.

Der Angeklagte erhob die Einwände, daß die Artikel ausländischen Quellen entstammen und er deren Richtigkeit nicht angezweifelt habe, um so mehr, als auch angesehene Politiker des Auslandes, auch der mit Polen verbündeten Länder, das Vorgehen der Franzosen im Ruhrgebiet verurteilen. Ferner legte er dar, daß nach Reichsgerichtsurteilen von einer Erregung öffentlichen Ärgernisses nur dann die Rede sein könne, wenn die Öffentlichkeit als solche, nicht aber ein individuell beschränkter Kreis der Gesellschaft — und dies träfe hier zu, — an den Artikeln Ärgernis nimmt. Schließlich wies er darauf hin, daß in einem ähnlichen Falle das Kattowitzer Kreisgericht auf Freisprechung erkannte, da das polnisch-französische Bündnis für das Gericht nicht maßgebend sein könne. Alle diese Einwände fanden aber keine Berücksichtigung.

Das Gericht teilte den Standpunkt der Anklagebehörde und verurteilte den Redakteur Kruse, dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend, zu 14 Tagen Haft.

Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt.

Zerstörung eines evangelischen Bethauses.

Im Sejm richteten die Abgeordneten Utta und Genossen von der deutschen Fraktion folgende Anfrage an den Justizminister und den Minister des Innern betreffs der Niederbrennung des evangelischen Bethauses in Swoboda-Swiatkowicka, Gem. Naramowice, Kreis Wieluń:

„Seit einer Reihe von Jahren bestand in Swoboda-Swiatkowicka, Gem. Naramowice, Kreis Wieluń, eine evangelische Schule mit Bethaus, welches ausschließlich auf Kosten der evangelischen Bevölkerung erbaut worden ist. Im Jahre 1919 ist in dieser Schule die deutsche Unterrichtssprache durch die polnische ersetzt, der evangelische Lehrer entlassen und an seiner Stelle eine katholische Lehrerin ernannt worden. Die katholische Bevölkerung hat sich jedoch mit der Übergabe der Schule, obwohl sie gegen die Bestimmungen der Gründer der Schule, die das Schulland der evangelischen Gemeinde überwiesen, erfolgte, nicht zufrieden gegeben. Durch die örtliche Geistlichkeit aufgehetzt, versammelten sich die Katholiken am 25. April 1921 vor dem Bethause, erbrachen willkürlich die Tür, warfen die Kirchenmöbel heraus, bestrichen die Aufschriften mit Kalk und richteten in dem Betsaal eine Schulklasse ein. Auf vielfaches Hervortreten der interessierten evangelischen Bevölkerung und des evangelischen Augsburgischen Konsistoriums in Warschau hat das Kultusministerium mit Schreiben vom 12. März 1922, Nr. 29633/I den örtlichen Behörden aufgetragen, den Betsaal der evangelischen Gemeinde zurückzugeben. Diese Behörden haben jedoch diesen Auftrag nicht ausgeführt. Die evangelische Gemeinde hat sich wiederholt an das Ministerium mit der Bitte um Beschleunigung der Rückgabe des Bethauses gewandt. Als aber ihre Bittgesuche erfolglos blieben, wandten sie sich an die Abgeordneten um ihre Unterstützung. Auf Grund dieser Intervention hat das Ministerium erneut der Lodzer Wojewodschaft aufgetragen, eine entsprechende Anordnung zu erlassen, daß die Entscheidung der Zentralbehörde ausgeführt wird. Der Tag der Rückgabe des Bethauses an seine Besitzer wurde auf den 21. März d. Js. festgesetzt. Die katholische Bevölkerung drohte jedoch damals, daß sie der Behörde Widerstand entgegensetzen und die Ausführung der Entscheidung der Zentralbehörden nicht zulassen werde. Auf Grund dieser Drohungen ist das Bethaus am festgesetzten Termin nicht zurückgegeben worden; die Angelegenheit kam daher erneut zur Beratung im Kultusministerium. Dort erblickte man keinen Grund zur Änderung des Beschlusses, und das Ministerium verfügte zum dritten Male die Rückgabe des Bethauses an die evangelische Gemeinde und setzte endgültig den Termin auf den 23. Mai d. Js. fest. In der Nacht vom 22. auf den 23. Mai um 12½ Uhr ist aber der Betsaal von einem unbekannten Verbrecher angezündet worden und verbrannte samt der Schule.

Als die Evangelischen an die Brandstätte kamen, trafen sie dort einen gewissen Radliński mit seinem 13jährigen Sohne, die ihnen erzählten, daß die Verwandten der Lehrerin die Wohnung durchs Fenster verlassen hätten, der Knabe sei allein aufgewacht und führte die Kuh aus dem Stalle. Die Zeugen behaupten aber, daß alle Fenster verschlossen waren, in der Wohnung der Lehrerin befand sich nur ein eisernes Bettgestell, in der Schule fehlten die Bänke, der Tisch und andere Geräte. Die Lehrerin, obgleich sie zur Stelle sein müßte, war abwesend. In der letzten Woche vor dem Brande kam zu ihr täglich ihr Vater und nahm verschiedene Sachen mit.

Wie aus obigen Behauptungen zu ersehen ist, wurde die Niederbrennung vorbereitet, und gewisse Personen waren in die geheimen Pläne der Brandstifter eingeweiht.

Trotz dieser so deutlichen Spuren haben weder die örtliche Polizei noch die Vertreter der Gerichtsbehörden bis zum 3. d. Mts. irgend welche Schritte zur Ermittelung der Täter unternommen. Aus diesem Grunde fragen die Unterzeichneten an:

1. Ist den Ministerien Obiges bekannt, und ist das Ministerium gewillt, angesichts der Wichtigkeit der Angelegenheit und der ungenügenden Energie der örtlichen Behörde nach Swoboda-Swiatkowicka einen besonderen Beamten zur Durchführung einer genauen und unparteiischen Untersuchung zu entsenden?

2. Ist das Ministerium gewillt, die schuldigen Personen, die die Anordnungen der Zentralbehörden nicht rechtzeitig erfüllt haben, sowie diejenigen Personen, die durch Haß und Agitation in bezug auf die Verordnung diesen traurigen Fall hervorgerufen haben, zur Verantwortung zu ziehen?

Warschau, den 9. Juni 1923. Die Interpellanten.

Die Ausweisung russischer Bürger.

Nach der „Gazeta Poranna“ sind bisher 20000 russische Bürger aus Warschau ausgewiesen.

Die Einschränkung der Ausreise nach Danzig.

Wie die „Gazeta Gdańska“ aus gut unterrichteter Warschauer Quelle erfährt, tritt die Einschränkung der Ausreise nach Danzig aus Polen in den nächsten Tagen in Kraft. Für die Ausreise werden besondere Genehmigungen ausgegeben, die jedoch nur diejenigen erhalten, die die Dringlichkeit der Reise nach Danzig in Geschäftsangelegenheiten nachweisen können. Frauen und Kindern werden grundsätzlich derartige Genehmigungen nicht erteilt. Die Züge, die von Dirschau nach Gdingen verkehren, sollen den Charakter von Transitzügen erhalten, d. h. sie werden entweder überhaupt nicht in Danzig halten oder, sollten dies technische Gründe erfordern, die Waggons werden geschlossen bleiben, so daß die Passagiere nicht werden aussteigen können.

Der Sejmabgeordnete Stroński wird geohrfeigt.

Als der Abg. Stroński am Sonnabend um 2½ Uhr in Begleitung des Abg. Jaroszyński aus dem Sejmgebäude kam, trat an ihn ein Offizier heran und fragte: „Sind Sie der Abg. Stroński?“ Darauf die Antwort: „Ja“. Der Offizier erwiderte: „Dann ernenne ich Sie zum Ehrenmarschall von Polen“ und ohrfeigte den Abgeordneten. Es entstand ein Tumult, ein Polizist, der sich in der Nähe befand, wollte nicht eingreifen. Der Offizier gab seine Karte ab, die auf den Namen „Jerzy Niemira-Radomski, Major im 5. Legionenregiment“ lautete.

Der neue Chef des Generalstabs.

Aus Warschau wird gemeldet: Der Präsident der Republik hat das Gesuch des Marschalls Polens, Josef Pilsudski, berücksichtigt und ihn des Postens eines Generalstabschefs enthoben, und gleichzeitig den Divisionsgeneral Stanisław Haller zum Generalstabschef ernannt.

Die Ehrentafel für Narutowicz.

Am Donnerstag soll die Ehrentafel für den ersten Staatspräsidenten Polens im Sejmgebäude eingemauert werden. Die Tafel, ein Projekt des Architekten Jawicki vom Kunstdepartement, ist aus rotem Marmor verfertigt.

Der neue Emissionspreis der Zlotyscheine.

Der Emissionspreis der sechsprozentigen Zlotyschatzscheine Serie I A, I B und I C ist mit Gültigkeit vom 11. Juni auf 12000 Mk. pro Zloty festgesetzt worden.

Die Delbrückschächte gehören Deutschland.

Aus Berlin wird telegraphisch gemeldet: Der Ausschuß zur Festsetzung der oberschlesischen Grenze hat die Delbrück-Schächte Deutschland zuerkannt. Für diesen Beschluß stimmten außer dem deutschen Kommissar der englische und der italienische Kommissar. Die Hauptgrundlage des Beschlusses bildete das Gutachten des Professors der Berghochschule in Madrid, Fabry, dem die Berichterstattung über diese Frage übertragen worden war.

Neue Bombenanschläge in Warschau.

Am Sonnabend fanden Arbeiter, die in dem Hause ul. Smocza Nr. 21 Wasserleitungsarbeiten zu verrichten hatten, im Keller dieses Hauses ein in Zeitungspapier gewickeltes Päckchen, das vier Bomben französischen Systems enthielt, die vollkommen zündbereit waren. Fachmännische Prüfung ergab, daß diese Bomben eine Tragfähigkeit von 150 Metern hatten. Außerdem wurden zwei Bomben mit geringerer Tragfähigkeit und drei Zünder gefunden. Die Bomben wurden in die Zitadelle gebracht.

Sejm.

Zu Beginn der Sonnabendsitzung des Sejm teilte der Marschall mit, daß das Gericht in Białystok den Abgeordneten Baranow zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt habe und deshalb um die Auslieferung des Abgeordneten bittet.

An die Ausschüsse wurden in erster Lesung folgende Gesetze überwiesen: 1. über die Vorbereitungsmaßnahmen zur Einführung der Goldvaluta. 2. über einen Zehnmilliardenkredit als Landwirtschaftsbeihilfe. 3. über die Aufhebung der Beschränkungen der römisch-katholischen Kirche in Polen und 4. über die Aufhebung der Beschränkungen für die Juden im ehemals russischen Teilgebiet. Abg. Hartglas betont, daß sich die Angelegenheit der Beschränkungen der Juden zu lange hinziehe, erkennt aber mit Dankbarkeit an, daß einige Parteien ihre Stellungnahme geändert hätten. Abg. Kirschbaum bittet den Abg. Królikowski, in Zukunft nicht die Juden zu verteidigen. Er solle seine Parolen lieber seinen Genossen in Rußland zuschicken.

Nach Überweisung des Gesetzes an den Verfassungsausschuß trat man in die dritte Lesung des Gesetzes über die Bodensteuer ein. Der Marschall teilte die Anmeldung neuer Verbesserungen und Änderungen mit. In der Aussprache erklärte Abg. Toczek von der Wyzwoleniegruppe: „Wenn wir uns damit einverstanden erklären, daß die Steuerermäßigung von 80 Prozent nur bis zu 200000 M. Bodensteuer anstatt der anfangs geplanten 400000 M. in Anwendung kommen soll, dann tun wir es nur deshalb, weil wir die Katastrophe der Finanzen vor Augen sehen.“ Der Abgeordnete kündigt die Forderung an, daß die Zahl der Beamten um 50 Prozent verringert wird.

Abg. Fiderkiewicz bemerkt, daß die besitzenden Klassen viel opfern müßten, nicht daß man die Lasten den Kleinbauern auferlegt. Die Lage der Kleinbauern werde sich erst dann ändern, wenn die Agrarreform eingeführt wird.

Bei Art. 18 forderte Abg. Kwiatkowski die Regierung auf, bei den oberschlesischen Selbstverwaltungsbehörden dahin vorstellig zu werden, daß die Steuern überall gleichmäßig verteilt werden.

Nach der einstündigen Pause, die um 2 Uhr nachm. angeordnet wurde, gelangte der Verbesserungsantrag des Abg. Toczek auf Festsetzung der 80%igen Steuerabgabe für Steuerzahler von mehr als 50000 bis 200000 M. zur Annahme. Ferner wurde eine Entschließung des Abg. Bogusławski über die Einrichtung des Katasters im ehem. russischen Teilgebiet und eine weitere des Abg. Makówka über die Streichung von Steuerrückständen von Besitzern bis zu 30 Morgen Land, die durch Kriegsoperationen oder Gewitter Verluste erlitten haben.

Das Gesetz wurde in dritter Lesung angenommen.

Die dritte Lesung des Budgetprovisoriums wurde von der Tagesordnung der Sonnabendsitzung gestrichen und darauf das Gesetz erörtert, das die Vorschriften über Einkommensteuer im ehem. preußischen Teilgebiet ändert. Das Gesetz verfolgt den Zweck, die im ehem. preuß. Teilgebiet geltenden Vorschriften an die Gesetzgebung Kongreßpolens anzupassen, betrifft also u. a. Das Existenzminmum und den Schutz des Staatsschatzes vor der Entwertung der Mark durch Einführung des Großhandelspreismaßstabs. Eine Entschließung des Abg. Ossowski, in der die Einsetzung von Abschätzungskommissionen im Posenschen und in Pommerellen verlangt wird, wurde angenommen.

Dann folgte die Überweisung eines Dringlichkeitsantrages über die Verhinderung von Überschwemmungen der Weichsel an den zuständigen Ausschuß.

Den Schluß der Sitzung füllte eine Aussprache über die Freiheit der Presse aus. Zu dem eingebrachten Dringlichkeitsantrag über die Konfiszierung des „Głos“ und die Kürzung der Darstellung der Debatte über das Exposé des Ministerpräsidenten Witos durch die polnische Telegraphenagentur sagte Abg. Chomiński folgendes: „Das Hauptmerkmal der Demokratie ist die Öffentlichkeit dessen, was am Staatssteuer vor sich geht. Die neue Regierung hat eine Politik gegen diesen Grundsatz begonnen. Die Kürzung der Debatte über die Regierungserklärung ist der Provinzialpresse in tendenziöser Form gegeben worden. Der Dringlichkeitsantrag verlangt Schutz der Freiheit des gedruckten Wortes, Einstellung der Repressien bezüglich der Oppositionspresse und unparteiische Informierung der Bevölkerung durch die Polnische Telegraphenagentur.

Innenminister Dr. Kiernik gab folgende Erklärung ab: „Was die Polnische Telegraphenagentur betrifft, so muß ich feststellen, daß die Regierung weder neue Verordnungen erlassen, noch Änderungen in der berichterstattenden und informierenden Tätigkeit der Polnischen Telegraphenagentur eingeführt hat. Die Polnische Telegraphenagentur bringt als Regierungsorgan Tatsachen zu öffentlichen Kenntnis, ohne sie zu beleuchten. Sie hat auch nur die Pflicht, den Blättern nichts weiter als eine kurze Wiedergabe der Sejmberatungen zuzustellen. Eine Ausnahme wird nur bei Regierungserklärungen gemacht, deren Veröffentlichung zu den Grundpflichten der Polnischen Telegraphenagentur gehört.

Die Provinzpresse hat ihre eigenen Sejmberichterstatter, die gleichzeitig von der Polnischen Telegraphen-Agentur ein Sejmberichtsblatt erhalten, und den Blättern aus den Stenogrammen den ganzen Wortlaut interessierender Reden zustellen können. Im gegebenen Falle sind sowohl die Reden der Anhänger als auch der Gegner der Regierung gekürzt und gleichmäßig behandelt worden. Die Kürzung der Rede des Abg. Thugutt umfaßte 13 Zeilen, die des Abg. Dąbski 6 und die des Abg. Chaciński ebenfalls 6 Zeilen. Von einer parteiischen Informierung der Bevölkerung durch die Polnische Telegraphen-Agentur kann also nicht die Rede sein.“

Der Minister sprach dann über die ihm von einigen Parteien zum Vorwurf gemachte Beschlagnahme der Nr. 66 des „Głos“. Hierüber sagte er ungefähr folgendes: Die Presse darf einzelne Personen, die zur Regierung gehören, sie darf auch die ganze Regierung, ihre Pläne und ihr Verhalten kritisieren. Sie darf aber nicht Dinge schreiben, die das Ansehen der Staatsobrigkeit in Polen und die Autorität der Regierung untergraben und den Weg zur Anarchie im Staate weisen. Solchen Charakter trug der Artikel „Der Geist Niewiadomskis am Staatsruder“, der in Nr. 66 des „Głos“ veröffentlicht wurde. Aus demselben Grunde hat sich der Regierungskommissar für die Stadt Warschau an die Gerichtsbehörden mit dem Verlangen gewandt, den verantwortlichen Redakteur desselben Blattes für den Artikel „Wie soll man der Konfiszierung entgehen?“ zur Verantwortung zu ziehen. Die Regierung betrachtet den Dringlichkeitsantrag als unbegründet.

Nach der Rede des Innenministers griff Abg. Putek die Krakauer Polizeiorgane an wegen der Beschlagnahme des

Wochenblattes der Wyzwoleniegruppe „Chłopski Sztandar", in dem der Ministerpräsident Witos nicht als Regierungschef, sondern als Parteichef kritisiert worden sei.

Die Angelegenheit wurde dem Verwaltungsausschuß überwiesen.

Abg. Prylucki begründete darauf einen Dringlichkeitsantrag über das Schulwesen der nationalen Minderheiten. Die Dringlichkeit wurde abgelehnt.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

Ablehnung des deutschen Memorandums durch Poincaré.

Poincaré, der mehrere Pressevertreter empfing, sagte: In der Note ist nichts von einer Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiete erwähnt. Das ist jedoch der Punkt, über den wir Auskunft haben wollen. Wenn wir Deutschland antworten, so werden wir mit der Frage antworten: Wollt Ihr den passiven Widerstand aufgeben oder nicht? Im ersterem Falle könnten wir zu Verhandlungen kommen; im zweiten könnte eine gemeinsame Note der Alliierten nur darin bestehen, daß Verhandlungen abgelehnt werden. Im übrigen erklärte Poincaré, daß mit dem Brüsseler Communiqué bereits im voraus eine Antwort auf die deutsche Note gegeben worden sei.

Verwerfung durch die französische Presse.

Die gesamte Regierungspresse lehnt auf Weisung vom Quai d'Orsay auch das neue deutsche Anerbieten glatt ab, und zwar verschiedentlich sogar in den gleichen Ausdrücken. Hiervon nur ein paar Stichworte: „Das neue deutsche Anerbieten stellt mehr einen Rückschritt als einen Fortschritt dar" („Petit Parisien"). „Die Deutschen machen sich über uns lustig. Wer zuletzt lacht, lacht am besten" („Eclair"). „Der Bruch des Versailler Vertrages wird noch viel deutlicher ausgedrückt als am 2. Mai" („Echo de Paris"). „Da die Vorbedingung — Aufgabe des passiven Widerstandes — nicht erfüllt ist, werden Frankreich und Belgien die deutsche Note nicht einmal prüfen" („Journal"). „Lächerliche Vorschläge" („Journée industrielle"). „Das Angebot überrascht durch seine Schwäche selbst die, die von vornherein gewisse Zweifel in seine Bewertung gesetzt hatten" („Matin").

Immer und immer wieder ist die Rede von der Notwendigkeit der Aufgabe des passiven Widerstandes, sonst „würde Deutschland nicht einmal die Ehre einer Bestätigung des Empfanges des Memorandums zuteil". Außerdem betont man am Quai d' Orsay folgendes: Die Garantien des Reiches seien längst im Versailler „Vertrag" vorgesehen und bedeuteten gar nichts Neues. Außerdem behalte sie Deutschland selbst, statt sie den Alliierten zu überliefern. Ganz unmöglich sei die beabsichtigte Ersetzung der Reparationskommission durch internationale Sachverständige. Außerdem fehle in dem Memorandum eine Endsumme für das deutsche Angebot und das angesichts des geforderten Moratoriums von vier Jahren.

Bemerkenswert ist der Kommentar des bekanntlich Loucheur besonders nahestehenden „Petit Journal". Das Blatt schreibt u. a.: Das Memorandum, kurz und nicht ungeschickt redigiert, stellt einen gewissen Fortschritt dar dergestalt, daß der Kanzler sich entschlossen hat, gewisse Garantien anzubieten, deren Wert selbstverständlich geprüft werden muß. Der Plan zur Einsetzung einer Sachverständigenkommission entspreche dem englischen Plan vom 2. Januar. Aber Deutschland sollte sich keine Hoffnung auf eine Spaltung der Alliierten machen. Wenn das Memorandum auch keine befriedigenden Vorschläge für die Gesamtheit der Reparationen macht, so weist es doch eine Geste des guten Willens in der Garantiefrage auf. Deutschland sollte nicht hoffen, auf einer internationalen Konferenz etwa im trüben zu fischen, wie die Russen in Genua und die Türken in Lausanne. Alles hänge jetzt von der Haltung der Kabinette in London und Rom ab.

Einen ganz anderen Standpunkt als die Regierungsblätter nehmen die linksstehenden Zeitungen ein. Sie betonen, daß es sich nicht mehr um leere Zahlungsversprechungen sondern um genau realisierbare Pfänder handele. Die Garantien seien sehr weitgehend.

Aus Brüssel

melden französische Blätter eine große Zurückhaltung sowohl der Presse wie der Regierungskreise in der Beurteilung des deutschen Memorandums. Manche lesen aus der Note heraus, daß der Reichskanzler auch ohne vorherige Räumung des Ruhrgebietes zu Verhandlungen bereit sei. Als besonders beachtenwert werde der Versuch betrachtet, die interalliierten Schulden unter kaufmännischem Gesichtspunkt zu regeln, zumal nach den günstigen Erfahrungen mit den fünf von der Reichsbank garantierten Schatzwechseln des Reiches. Andere Kreise fassen die Note ähnlich auf wie die französische Regierung und bezeichnen die neuen Vorschläge als gänzlich unannehmbar. Linksstehende Kreise erklären, das die deutschen Vorschläge endlich genaue Garantien böten. Namentlich das Angebot wegen der Eisenbahnen sei höchst interessant. Man täte unrecht, diese Anstrengungen zu verkennen. Die deutsche Note sollte Gelegenheit zur gemeinsammen interalliierten Prüfung der Lage bieten.

Zustimmung der italienischen Presse.

Nach der Rede Mussolinis behandeln die Blätter ausführlich die Frage der Reparationen. „Giornale di Roma" begrüßt die energische Erklärung Mussolinis gegen die Loslösung deutscher Gebiete. „Nuovo Paese" schreibt, Italien könne nicht einmal eine maskierte Ruhrbesetzung dulden oder zugeben, daß deutsche Gebietsteile losgelöst würden. Der Wunsch Mussolinis, über das deutsche Memorandum in Verhandlungen einzutreten, könnte Italien in Gegensatz zu Frankreich bringen, das seinerseits nach Vorwänden suche, um das Ruhrgebiet zu behalten. Das Blatt glaubt nicht, daß durch die Aufgabe des passiven Widerstandes der Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland schneller gelöst werden könne, weil dieser rein politisch sei, während die Frage der Reparationsleistungen ein wirtschaftliches Problem darstelle. Auch Mussolini habe ja in seiner Rede die Aufgabe des passiven Widerstandes in Zweifel gezogen. Der passive Widerstand sei die einzige Garantie für die nationale Würde Deutschlands. Zudem würden die Franzosen trotzdem einen Vorwand suchen, um die von Deutschland geforderte Konferenz, die England und Italien nicht ablehnen könnten, unmöglich zu machen. Jedenfalls werde die deutsche Note, die geschickt Wirtschaft und Politik trenne, die Kluft zwischen Frankreich und den anderen Verbündeten verbreitern.

Das Urteil der Schweiz.

Von der gesamten Schweizer Presse wird das deutsche Angebot günstig aufgenommen, und allgemein als Basis für Verhandlungen angesehen wenn man auch glaubt, daß es nicht das letzte Wort Deutschlands bedeutet. Selbst das französisch-schweizerichse „Journal de Genève" sieht in dem neuen Angebot einen kleinen Fortschritt gegenüber den vorhergehenden. Die deutsche Regierung suche die Mittel zur Durchführung ihrer Reparationspflicht anzugeben. Die „Baseler Nachrichten" meinen, wenn Frankreich nicht Land sondern Geld wolle, könne es eine Untersuchung der deutschen Note nicht ablehnen. Freilich zweifelt die gesamte Schweizer Presse daran, daß Frankreich nicht Land sondern Geld will. „Frankreich will die Kapitulation nicht nur Deutschlands, sagt die „Nationalzeitung", sondern auch Englands und Italiens.

In Holland

schreibt „Allgemeen Handelsblad:" Zweifellos ist die Auffassung richtig, daß die Einsetzung einer Sachverständigenkommission, wie sie von Deutschland angeregt wird, einen Verzicht auf Bestimmungen des Versailler Vertrages bedeuten würde. Aber es kann doch kein Bedenken dagegen bestehen, Bestimmungen des Vertrages, die sich als Fehler herausgestellt haben, soweit wie möglich zu revidieren. Das deutsche Ersuchen um schiedsgerichtliche Entscheidung verdient sicher etwas anderes als höhnische Ablehnung.

Die Meinung der Skandinavier.

Die dänische Presse hält die Note im allgemeinen für einen Fortschritt. Die Konservative „National Tidende" kommt zu folgenden Ergebnissen: „Es liegt Grund vor, zu hoffen, daß das Angebot einen Schritt vorwärts bedeutet auf dem langen beschwerlichen Wege, der zurückgelegt werden muß, um Europas Nervensystem wieder auf einen normalen Zustand zu bringen."

In Schweden bemerkt das Stockholmer Blatt „Allehanda" zum deutschen Memorandum: Frankreich will Deutschlands politsche Vernichtung und, was gewisse englische Kreise auch wollen, die Vernichtung des deutschen Industrieapparats. Für Frankreich handelt es sich um eine neue Ostgrenze und den Niederbruch und die Auflösung des deutschen Reiches. Natürlich könne Deutschland nicht erwarten, daß sein Vorschlag sofort mit ausgestreckten Händen aufgenommen wird, aber er bildet jedenfalls eine feste und greifbare Unterlage für Verhandlungen.

Beratungen englischer und deutscher Industriellen.

Aus London wird gemeldet: Die 70 Mitglieder umfassende Industriellengruppe des Unterhauses hatte in den letzten Tagen Besprechungen mit deutschen Industriellen. Es wurde eine Denkschrift ausgearbeitet, die folgendes vorsieht: 100 Millionen Pfund Sterling sollen in Deutschland sofort aufgebracht werden, die an Frankreich, Belgien und Italien als erste à conto-Zahlung zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gegeben werden sollen. Für die Gesamtschuldsumme Deutschlands sollen ein Minimum und ein Maximum festgesetzt werden, ersteres in Höhe von 1½ Milliarden Pfund Sterling, letzteres 3 Milliarden Pfund Sterling, wovon die bereits gezahlten Summen abgezogen werden sollen. Eine interalliierte Kommission, in der Deutschland und Amerika vertreten sein sollen, würde den Fortschritt der deutschen Industrie und des deutschen Handels genau verfolgen und Vorschläge an ihre Regierungen erstatten. Die Kommission soll auch das Recht haben, der deutschen Regierung Vorschriften zu machen. England würde auf die Rückzahlung der alliierten Schulden verzichten, dafür aber jährlich 35 Millionen Pfund Sterling von den deutschen Reparationszahlungen erhalten. Die Denkschrift betont, daß die Industriellen dieses Abkommen für befriedigend erachten, und man glaubt, daß auch Frankreich sich hiermit einverstanden erklären könne.

Schlechtes Ergebnis der Kohlenbeschlagnahme.

Der neue Befehl der Franzosen für sofortige Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen an Belgien und Frankreich, der insbesondere jenen Zechen zugegangen ist, deren Halden bisher noch nicht abgefahren worden sind, wird von fachmännischer Seite dahin ausgelegt, daß man auf französischer Seite mit dem bisherigen Ergebnis der Kohlen- und Koksbeschlagnahme durchaus unzufrieden ist. Wenn die Besatzungsmächte die angeblich noch vorhandenen Lagervorräte, die auf rund 1 Million Tonnen berechnet werden und zum größten Teil aus Koks, der aber stark mit Schlamm, Staub und Asche vermischt ist, bestehen, jetzt abtransportieren wollen, so würde das unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch mehrere Monate in Anspruch nehmen.

Kein Nachgeben Rußlands gegenüber England?

T. U. meldet aus London: Krassin überreichte am 7. Juni Curzon die Antwort der Sowjetregierung auf die letzte englische Note. Von autoriativer Seite wird versichert, daß diese Antwort sich fast ausschließlich mit der Propagandafrage befaßt und die britische Forderung auf Amtsentsetzung der beiden Sowjetvertreter in Afghanistan und Persien grundsätzlich ablehnt. Tschitscherin geht sogar noch weiter und behauptet, auch die Tätigkeit der englischen Vertreter in den an Sowjetrußland angrenzenden asiatischen Staaten rechtfertige ähnliche Vorwürfe, wie sie Curzon gegen die Sowjetvertreter erhoben habe. Nur eine russisch-britische Konferenz könne endgültige Klarheit über diese strittigen Punkte schaffen.

Wenn diese Vermutungen über den Inhalt der russischen Note zutreffen, so wäre die Nachricht von einem Nachgeben Rußlands, die wir in Nr. 125 aus sonst zuverlässiger Quelle brachten, irrig.

Staatsstreich in Bulgarien.

Nach einer Pat.-Meldung aus Sofia wurde dort ein Staatsstreich ausgeführt. Eine Organisation von Reserveoffizieren stürzte unter Beteiligung des aktiven Heeres am Sonnabend, dem 9. Juni, früh 3 Uhr, die Regierung. Alle Minister wurden verhaftet. Eine neue Regierung, bestehend aus Mitgliedern sämtlicher Oppositionsparteien, mit Ausnahme der Kommunisten, wurde begründet. In der Hauptstadt und im ganzen Lande herrscht Ordnung. Die Garnisonen der Provinz schlossen sich der Bewegung an.

Die Revolutionsbewegung wurde nach Meldungen aus Sofia durch den Nationalsozialisten Czankow geführt. Czankow nimmt eine diktatorische Stellung ein, indem er die Ämter des Ministerpräsidenten sowie des Kriegs- und Außenministers in seiner Person vereinigt. Innenminister wird der General der Reserve Russew, Minister für Landwirtschaft und öffentliche Aufklärung Janati Wolowa (Mitglied der demokratischen Partei), Justizminister Smilow, Finanzminister Peter Todorow, Handelsminister Czwetko Poboszewski, Verkehrsminister Kazasow (Sozialist), Minister für öffentliche Arbeiten Janko Stojenczew. Die Revolutionsbewegung steht in Beziehung mit dem letzten Vorgehen der Regierung Stambulinski gegen die mazedonische Organisation.

Aus Rußland und den Randstaaten.

Die deutsche Schule in Rußland.

Aus Moskau wird gemeldet: Gemäß einer vom 12. Kongreß der kommunistischen Partei Rußlands angenommenen Entschließung, den nationalen Minderheiten mehr Möglichkeit als bisher zur Entfaltung ihrer kulturellen Eigenart zu geben, hat der Nationalitätenrat angeordnet, daß die bestehenden deutschen Schulen auch wirklich als solche eingerichtet werden, mit deutscher Unterrichtssprache und besonderer Betonung der deutschen Eigenart und Kultur. Vom nächsten Schuljahr ab sollen drei neue größere deutsche Volksschulen in Moskau, Petersburg und Marxstadt (früher Katharinenstadt an der Wolga) ins Leben gerufen werden. Einen Teil der Schulkosten übernimmt auch bei den deutschen Schulen der Staat. Wie der Berichterstatter der „Rigaschen Rundschau" weiter berichtet, werden zur Heranbildung und Vervollkommnung der Lehrerschaft im Juni-Juli d. Js. in Moskau, Petersburg, Saratow Sommerkurse für deutsche Lehrer in deutscher Sprache veranstaltet werden.

Rußland und Japan.

Rußland erachtet sich für Kriegsschulden nicht verantwortlich. Es will Nordsachalin nicht verkaufen, ist jedoch vielleicht bereit, eine Milliarde Goldrubel als Entschädigung zu nehmen. In Japan besteht eine starke öffentliche Neigung zugunsten der Anerkennung der Sowjetregierung.

Ausweisung eines russischen Attachés aus Finnland.

Laut „Finska Notisbyran" ersuchte der Außenminister die russische Vertretung in Helsingfors, den Paß des Militärattachégehilfen Lillemaegis zur Ausstellung des Rückreisevisums nach Moskau einzusenden, da erwiesen sei, daß der Genannte in eine Spionageaffäre verwickelt sei. Lillemaegis soll für die Beschaffung von Aktenstücken aus dem Wehrministerium Geldsummen gezahlt haben. In der Presse macht sich starke Empörung über diesen neuen Beweis von Illoyalität gegenüber Finnland bemerkbar.

Kommunistenverhaftungen in Finnland.

Die finnländische Geheimpolizei hat, einer Meldung der Lettländischen Telegraphenagentur zufolge, einen Angestellten der russischen Gesandtschaft und noch zwei andere Personen wegen Spionage verhaftet. Das kommunistische Parlamentsmitglied Nain und der Stadtverordnete von Tammerfors, Nikkola, sind verhaftet worden, weil sie einen Aufruf unterzeichnet haben, in dem die finnischen Arbeiter zum Kampf für Räterußland aufgefordert werden.

Finnlands Küstenschutz.

Ein Ausschuß von Militärsachverständigen hat einen Plan für die Organisation des finnländischen Küstenschutzes ausgearbeitet, der jetzt vom Verteidigungsministerium geprüft und im Herbst dem Parlament vorgelegt werden soll. Die Kosten werden auf etwa 5 Mill. Finnmark veranschlagt und der Entwurf soll im Laufe von acht Jahren durchgeführt werden. — Einer Moskauer Meldung zufolge sei die Sowjetregierung bereit, eine Konvention mit Finnland abzuschließen, wonach finnländischen Kauffahrtei- und Frachtdampfern der Verkehr zwischen dem Finnischen Meerbusen und dem Ladogasee auf der Newa unter den gleichen Bedingungen wie den russischen Schiffen gestattet wird.

Rücktritt des estländischen Kabinetts.

Das estländische Ministerium hat nach einer Meldung der Lettländischen Telegraphenagentur beschlossen, in seiner Gesamtheit zurückzutreten, um dem neu gewählten Parlament Gelegenheit zu geben, sofort die Bildung eines neuen Kabinetts in die Wege zu leiten.

Lettland verweigert den Ruhrkindern die Einreise.

Wie die „Rigasche Rundschau" meldet, wurde das Gesuch des deutschen Gesandten um Genehmigung der Einreise von etwa 300 Kindern aus dem Ruhrgebiet nach Lettland vom lettischen Ministerkabinett abgelehnt. Die Beweggründe zu dieser Ablehnung, für die auch die Mehrzahl der sozialdemokratischen Minister stimmte, sind unbekannt. Dem Deutschtum im Lande, so bemerkt das genannte Blatt, ist hierdurch zu seinem größten Bedauern die Möglichkeit genommen, auf diesem Wege für die seinerzeit in Deutschland erwiesene Gastfreundschaft seinen Dank abzustatten.

Deutsches Reich.

** **Die Teuerungswelle.** In der ersten Juniwoche verteuerten sich nach den Berechnungen der „Industrie- und Handelszeitung" die Lebensunterhaltskosten einer vierköpfigen Arbeiterfamilie um 19 v. H. Die Aufwärtsbewegung des Ernährungskostenindex wurde besonders von der Erhöhung der Brot-, Mehl-, Fleisch- und Fischpreise sowie den Preissteigerungen für Fette, Milch und Eier verursacht. Einen besonders starken Steigerungsgrad weisen die Verkehrsausgaben auf, infolge der Tariferhöhungen bei der Eisenbahn, Untergrund- und Straßenbahn.

** **Die Erhöhung der Postgebühren.** Das Reichspostministerium und das Reichsfinanzministerium haben den Beschlüssen des Verkehrsbeirates beim Reichspostministerium zugestimmt, die nur eine dreifache Erhöhung der Postgebühren und eine fünffache Erhöhung der Fernsprechgebühren vorsehen. Man gibt sich an amtlicher Stelle keiner Täuschung darüber hin, daß die neuen Tarife bereits in nächster Zeit wiederum werden erhöht werden müssen.

** **Erhöhung der Preise für Gas, Strom, Wasser.** Die Werkdeputation der Stadt Berlin beschloß die Erhöhung des Gaspreises auf 1200 M. für den Kubikmeter, des Elektrizitätspreises auf 2000 M. für die Kilowattstunde und des Wasserpreises auf 660 M. je Kubikmeter.

** **Im preußischen Landtag** sind die Kommunisten wieder erschienen, die am Freitag wieder mehrere Male die Verhandlungen durch Lärm störten. Der Ministerpräsident Braun protestierte aufs schärfste gegen das Verfahren der französischen Besatzung im Rheinlande, gegen die separatistische Propaganda und die Ausweisungen. Die polizeiliche militärische Diktatur im Rheinlande sei eine blutige Verhöhnung des Grundsatzes vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Daß ein derartiges Verfahren zur Sicherheit des bis an die Zähne bewaffneten Frankreichs gegen das unbewaffnete, wehrlose deutsche Volk nötig sein soll, werde man der Welt wohl kaum glauben machen können. Der Präsident erhebt den schärfsten Protest gegen eine Loslösung des Rheinlandes vom deutschen Volks- oder Reichskörper in irgend einer Form. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten werden von den Rednern sämtlicher Parteien unterstützt. Der Sozialdemokrat Haas erklärte, daß die Rheinlande niemals ein Handelsobjekt abgeben können. Die sozialdemokratische Partei werde sich auch mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch einer Neutralisierung des Rheinlandes oder seine Unterstellung unter den Völkerbund wehren. Es schrecken die Spuren des Saargebietes. Man solle jenseits der Grenze anfangen zu entmilitarisieren und zu neutralisieren. Die Milliarden für die Besatzung sollten lieber für den Wiederaufbaus Europas verwendet werden.

Kurse der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

	11. Juni	8. Juni
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VII. Em. o. Bezr.	7000	7000
Bank Przemysłowców I. Em. . .	8500—9000	7500—8000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	14 000—14 500 —14 250	14 000—13 500 —,—
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	8500—8700	8500-8750-8500
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. .	2500	2000—2100
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	—,—	2000
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	7500	7500
Browar Krotoszyński I.—IV. Em. .	39 000—40 000	38 000—39 000
H. Cegielski (St. abgest.)	5500-5000-5100	4500—5500
Centrala Rolników I.—VI. Em. .	4000—3900	3900—3800
Centrala Skór I.—IV. Em. (o. Bzr.)	8000-7000-7500	7000
Goplana I.—II. Em.	50 000	50 000
C. Hartwig I.—V. Em.	3800	3800
Hurtownia Skór I.—III. Em. . .	—,—	5200
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. . .	29 000—30 000	26 000—28 000
Iskra	17 500	—,—
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	220 000-230 000	230 000-225 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. . .	75 000—70 000	70 000—75 000 —72 000
Młyn Ziemiański I. Em.	9000—9500	9000—8500
Pendowski I. Em.	—,—	5500-7500-7000
Płótno I.—II. Em.	7000—7500	6500—7000
Pneumatik	1850-2150-2000	—,—
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. . .	30 000—31 500 —31 000	26 500—29 000 —28 000
Spółka Stolarska I.—II. Em. . .	—,—	26 000
Tri I.—III. Em.	12 000—13 000	10 000
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	26 000—27 000	25 000—26 000 —24 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. . .	9500—10 000	10 000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	4400-4500-4400	4000

Valuten und Devisen:

Deutsche Mark Auszahlung Berlin 0,93, Geld 1,15, Dollar (Geld) 73 500, Auszahlung 73 300, Schweizer Franken Ausz. 13 400—13 500, Engl. Pfd. Ausz. 340 000, Tschechische Krone Ausz. 2350.

Die Geburt unseres ersten
Töchterchens
zeigen hocherfreut an
Reinhold Muster und Frau
Maria, geb. Tonn
(früher Bystrzek in Posen).
Frauenwaldau, den 14. Mai 1923.

Heute entschlief sanft nach kurzem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der

Gutsbesitzer

Wilhelm Kothe

im 51. Lebensjahre.

Im tiefsten Schmerze
Margarete Kothe.
Christa Kothe.
Heinz Kothe.

Chrzypsko, pow. Miedzychód, 9. Juni 1923.

Beerdigung Mittwoch, 2½ Uhr nachm.

Am 8. Juni verschied völlig unerwartet unser langjähriges Vorstandsmitglied

Herr

Friedrich Seifarth,

Rittergutsbesitzer auf Pławce und Żabikowo.

Wir betrauern in dem von uns Geschiedenen nicht nur einen seiner hervorragenden Fähigkeiten und seiner außerordentlichen Tüchtigkeit und Ausdauer wegen unersetzlichen Berater, sondern auch einen liebenswürdigen und treuen Freund, der niemandem seine Hilfe versagte, und sind daher tief ergriffen und schmerzlich bewegt über den viel zu frühen Heimgang des Verstorbenen.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Der Aufsichtsrat, Vorstand und die Direktion der Zuckerfabrik Środa.

Am 8. Juni nahm uns Gott der Herr unseren langjährigen Kirchenältesten, den

Rittergutsbesitzer Herrn

Friedrich Seifarth

auf Pławce und Żabikowo.

Tief erschüttert stehen wir an der Bahre eines unser Besten, der mit seinen hohen Geistesgaben, reicher Erfahrung und warmherziger Menschenliebe uns Berater und Führer war.

Das Andenken des uns zu früh Entrissenen werden wir stets dankbar ehren, indem wir in seinem Geiste und nach seinem Vorbild weiter streben.

Środa, den 10. Juni 1923.

Der evangelische Gemeindekirchenrat
im Namen der Gemeinde.

Nachruf.

Am 8. Juni entriß uns der Tod unser verehrtes Aufsichtsratsmitglied,

Herrn Rittergutsbesitzer

Friedrich Seifarth

zu Pławce und Żabikowo.

Der Verewigte war uns stets ein guter Berater, auf dessen sachliches und vermittelndes Urteil wir großen Wert legten. Er war uns allen ein guter Freund und den Bedrängten und Verzagten ein sicherer Helfer und Tröster.

Seine Freundlichkeit und seine Hilfsbereitschaft erwarben ihm die Achtung und Liebe aller, die mit ihm zu tun hatten.

Wir werden ihm ein dauerndes Andenken in unseren Herzen bewahren.

Poznań, den 11. Juni 1923.

Aufsichtsrat und Vorstand
der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.

v. Klitzing. Naumann. Fischer v. Mollard.

Nachruf!

Am Freitag, dem 8. Juni, verschied im Alter von 53 Jahren allzufrüh,

Herr Rittergutsbesitzer

Friedrich Seifarth-Pławce

nach langjährigem, schwerem Leiden. Ein Sohn der „Roten Erde", hat er sich in der neuen Heimat in zäher Ausdauer bewährt als zielbewußter, strebsamer Landwirt, stets bereit, sein Wissen und Können, seine ganze Arbeitskraft der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

Die Saatbaugesellschaft, der der Verstorbene seit Jahren angehörte, verliert in ihm ein tätiges Mitglied, dessen Andenken sie stets in Ehren halten wird.

Posener Saatbaugesellschaf
Namens des Vorstandes: H. Bitter-Nagradowice.

Am 8. Juni starb nach langem, schwerem Leiden der **Rittergutsbesitzer** auf **Pławce,**

Herr

Friedrich Seifarth.

Als Mitbegründer unserer Organisation gehörte er dem Vorstande bis zum Jahre 1920 an und erwarb sich um unsere Entwicklung große Verdienste. Sein Ratschlag ist uns auch weiterhin wertvoll geblieben. Wir werden dem Verstorbenen ein gutes Andenken bewahren.

Hauptverein der deutschen Bauernvereine.
Freiherr von Massenbach.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 11. Juni.

Die Posener Marcinkowski-Feier.

Dr. Karol Marcinkowski, der im Jahre 1800 in Posen, in der St. Adalbertstraße, geboren wurde (er starb am 7. November 1846 in Dąbrówka), wird von der polnischen Bevölkerung unseres Teilgebietes verehrt als großer Menschenfreund und als einer der hervorragendsten Förderer des Polentums in diesem Gebiet. Er wurde am 11. November 1846 auf dem kleinen Kirchhof gegenüber dem alten St. Martin-Kirchhofe, an der Eisenbahnbrücke, im Volksmunde der Cholerakirchhof genannt, beerdigt. Dort ruhten seine Gebeine bis zum Jahre 1910. Im Jahre 1910 wurden seine Gebeine, soweit sie noch gefunden wurden, in einen metallenen Sarg gelegt und von neuem auf dem alten St. Martin-Kirchhofe beigesetzt.

Nachdem Polen wieder selbständig geworden, beschloß man für die um Polen verdienten Männer eine würdige Ruhestätte zu schaffen. Dazu wurde die St. Adalbertkirche ausersehen. Die Gebeine Marcinkowkis wurden am Sonntag, dem 10. Juni 1923, in außergewöhnlich feierlicher Weise dorthin überführt und in einen Sarkophag aus Marmor gebettet. Der metallene Sarg war mehrere Tage in einem Saale des alten Rathauses im ersten Stock in einem Hain von Blumen und Bäumen ausgestellt und konnte am gestrigen Sonntag von 9—3 Uhr vom Publikum besichtigt werden.

Die Feierlichkeit begann um 4 Uhr, nachdem Se. Eminenz Kardinal Dr. Dalbor eingetroffen war, der die Gebeine exportierte. Am Brunnen vor dem alten Rathause war eine Rednertribüne aufgestellt worden. Die erste Ansprache hielt Stadtpräsident Ratajski, dann sprach der Vorsitzende des Vereins der Wissenschaften, Graf Mycielski, und nach ihm Dr. Gantkowski, ferner ein Delegierter des Aerztevereins in Warschau und schließlich ein Akademiker der Posener Universität.

Um 5¼ Uhr setzte sich der Zug in Bewegung. Er ging durch die Breslauer- und die Bergstraße, die Aleje Marcinkowskiego (fr. Wilhelmstraße), Magazinstraße und Plac Działowy (Kanonenplatz). Die Zahl der Teilnehmer wird auf mehr als 100 000 Personen berechnet. Etwa hundert Fahnen und Standarten und eine Schwadron der roten Ulanen machten das Bild des Zuges farbig und malerisch. Viele Städte der Provinz Posen waren durch Delegationen vertreten, der Leichenwagen wurde von 6 Pferden gezogen. Zu der Feierlichkeit in der Kirche selbst hatte nur eine beschränkte Zahl eingeladener Gäste Zutritt.

Die große Posener Marcinkowski-Feier fand am Abend ihren Abschluß durch eine Festvorstellung im Großen Theater.

Unsere Unterhaltungsbeilage

konnte der Sonntagsnummer des „Pos. Tagebl." aus technischen Gründen nicht beigegeben werden. Sie liegt daher der heutigen Ausgabe bei. Die Schriftleitung des „Pos. Tagebl."

Ein Bräutigam von seiner Braut erstochen.

Ein Liebespaar, der Arbeiter Ludwik Marciniak, Rybaki 18 (fr. Fischerei) wohnhaft und seine in der ul. Szamarzewskiego (fr. Kaiser Wilhelmstr.) wohnhafte Braut K. Sch., hatte in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag im Saale des Zoologischen Gartens an einem Vergnügen teilgenommen. Als es gegen Morgen die Heimkehr antrat, entstand zwischen beiden, da der Bräutigam stark angetrunken war, ein Streit, in dessen Verlauf der Bräutigam seine Braut mißhandelte, und schließlich mit einem Taschenmesser auf sie eindrang. Diese entwand ihm das Messer und stieß damit einmal auf den Bräutigam ein. Beide setzten darauf streitend ihren Heimweg fort, bis die Sch. bemerkte, daß ihr Begleiter die Farbe wechselte und schließlich zusammenbrach. Sie holte sofort Hilfe herbei, und nun wurde festgestellt, daß Marciniak in der Brust einen tiefen Messerstich hatte. Er wurde in das Stadtkrankenhaus übergeführt, starb dort jedoch kurze Zeit nach seiner Einlieferung. Die Messerstecherin wurde in Untersuchungshaft genommen.

Weitere Ausweisungen aus Pommerellen.

Das in Thorn erscheinende Blatt „Słowo Pomorski" setzt die Aufzählung der aus Pommerellen ausgewiesenen deutschen Reichsangehörigen fort. Demnach sind aus Stadt- und Landkreis Dirschau 22 weitere Personen ausgewiesen. Im Kreise Neustadt erhielten 4, im Kreise Tuchel 17, im Kreise Pr. Stargard 5, im Zempelburg 10, Putzig 3, Czersk 4 und im Kreise Karthaus gleichfalls 4 Personen den Ausweisungsbefehl. Aus Bandsburg wurden die Diakonissinnen Gertrud Wittenberg, Marta Hermann, Marie Zimmermann, Marie Körschel und Elsa Schulze ausgewiesen. In Graudenz traf das Los weiterhin einen gewissen Walter Tietz, in Culmsee den Kaufmann Ludwig Alltag, im Kreise Mewe Elsa Sander und im Kreise Berent einen gewissen Robert Meyer mit Familie. Viele der Ausgewiesenen, auch in Thorn, hatten ihre Ausweisung bereits durch die Zeitungen erfahren, bevor ihnen der Befehl polizeilicherseits überbracht wurde.

Von der Graudenz-Stargarder Industrie- und Handelskammer.

Im Interesse der pommerellischen Industriellen, Handels- und Gewerbetreibenden veröffentlichen wir folgende wissenswerte Angaben und Hinweise der Kammer:

Den Zweigstellen der bestehenden Devisenbanken in Dirschau und Neustadt ist das Recht des Handels mit Devisen verliehen worden.

Einige Finanzkassen im Bezirk der Kammer legen die letzte Verordnung des Herrn Finanzministers vom 24. April d. Js. unrichtig aus, indem sie von den Firmen verlangen, daß von den Quittungen und Rechnungen eine Stempelgebühr entrichtet werden müsse. Der Verband der Industrie- und Handelskammern von Westpolen hat sich in dieser Angelegenheit telegraphisch an den Finanzminister gewandt und die Aufklärung erhalten, daß der § 4 der obigen Verordnung ausdrücklich auf das Gesetz vom 28. Oktober 1921 Bezug nimmt; dieses Gesetz ist jedoch im ehem. preußischen Teilgebiet nicht eingeführt worden, so daß, wie im „Pos. Tagebl." bereits mitgeteilt wurde, im ehem. preußischen Teilgebiet Quittungen und Rechnungen weiterhin von jeder Art Stempelgebühren befreit sind.

Die Generaldirektion der Staatlichen Bergbau- und Hüttenwerke gibt bekannt, daß vom 10. Mai d. Js. folgende Engrospreise für Salz die Tonne gelten: Siedesalz 1 300 000 Mk., Viehsalz, gemahlen, 300 000 Mk., gemahlenes Salz aus den Salzbergwerken Wapno 1 100 000 Mk., Bruchsalz 1 050 000 Mk. Die Akzisenabgabe bleibt wie vorher.

Demnächst kommt nach Polen Herr A. Rosengarten, der Bevollmächtigte eines Baufirmen-Syndikats in Brooklyn (Nordamerika) zwecks Untersuchung der Exportmöglichkeiten von Ziegeln, Platten und Zementwaren aus Polen nach Amerika. Die Bautätigkeit ist gegenwärtig in Amerika derart rege, daß die dortigen Ziegeleien außer stande sind, den Bedarf des Landes zu decken, weshalb schon seit längerer Zeit große Mengen von Ziegeln aus Holland und Deutschland eingeführt werden. An diesem Import könnte die polnische keramische Industrie teilnehmen. Nach Ansicht der amerikanischen Importeure würden die von den in Amerika üblichen Abmessungen abweichenden polnischen Ziegel kein Hindernis bei der Verwendung bilden, sofern nur die polnischen Ziegeleien regelmäßig größere Mengen liefern könnten. Die pommerellischen Ziegeleien erscheinen wegen ihrer günstigen Lage in der Nähe des Meeres in erster Linie für Aufnahme dieses Exports geeignet.

Schulkinder für die Rübenernte. Die Großpolnische Landwirtschaftskammer in Posen teilt mit: „Die Schulbehörden weigern sich, für die diesjährige Rübenernte ganzen Schulen auf dem Lande freizugeben, wie dies im vergangenen Jahre ausnahmsweise geschehen ist. Dank den Bemühungen der Landwirtschaftskammer hat jedoch das Schulkuratorium versprochen, Anträgen von landwirtschaftlichen Produzenten um Freigabe von Kindern für Arbeiten auf den Rübenfeldern nach Möglichkeit zu entsprechen, wenn es sich um eine bestimmte Anzahl von Kindern über 12 Jahre alt handelt. Solche Anträge, nach Möglichkeit schon vorher mit der Befürwortung der örtlichen Verwaltungsbehörde versehen, sind an den zuständigen Schulinspektor zu richten. Das Schulkuratorium für Posen (Abteilung für allgemeine Schulen) hat in Anerkennung der Dringlichkeit dieser Angelegenheit für die Landwirtschaft versprochen, die ihm vorgelegten Anträge als eilig zu behandeln."

Vorsicht beim Baden. Kaum hat die wärmere Jahreszeit und damit auch das Baden im Freien begonnen, so werden Fälle des Ertrinkens bekannt, wie wir auch in diesem Jahre bereits mehrere mitgeteilt haben. Deshalb kann den Badelustigen nicht dringend genug die Warnung zugerufen werden, das Baden in freien Gewässern zu vermeiden und nur die Badeanstalten und besonders gekennzeichnete Badeplätze aufzusuchen. Die Badenden können nicht oft genug auf die Gefahren hingewiesen werden, die gerade die schönsten Gewässer unter ihrer friedlichen Oberfläche bergen. Wenn auch der anfangs flache Strand in verlockender Weise einladet, ein Bad zu nehmen, muß doch immer wieder in Erinnerung gebracht werden, daß die Sohle der Gewässer an vielen Stellen plötzlich abfällt, morastig und mit Schlingpflanzen und Weidengestrüpp bewachsen ist und auch dem geübtesten Schwimmer gefährlich werden kann.

Miljonówka. In der letzten Ziehung gewann das Los Nr. 1 214 204.

⚔ **Einbruchsdiebstähle.** In der Nacht zum Sonnabend statteten Einbrecher der Magistratsabteilung 2 am Plac Sapieżyński 10 a (fr. Sapiehaplatz) einen Besuch ab und versuchten, einen eisernen Geldschrank, der fünf Millionen Mk. Rentengelder enthielt, zu öffnen. Der Versuch mißlang. Da die Einbrecher vermutlich in irgend einer Weise gestört worden sind, blieb es bei der Beschädigung des Geldschranks. — Mehr Glück hatten andere Diebe bei einem Besuch in der Handels- und Gewerbeschule für Mädchen in der ul. Zwierzyniecka 4 (fr. Tiergartenstr.). Sie stahlen zwei Nähmaschinen und zwei Handkörbe im Werte von 3 Millionen Mk.

⚔ **Beschlagnahmte Diebesbeuten.** Auf dem 5. Polizeikommissariat (Wallischei) lagern vier Mundtücher mit den Buchstaben R. H. und ein Matinee aus türkischem Stoff, die vermutlich aus Diebstählen herrühren. Außerdem sind von demselben Revier fünf gestohlene junge Gänse beschlagnahmt worden. Die Eigentümer können sich im 5. Kommissariat melden. — Auf dem 9. Polizeikommissariat in der ul. Małeckiego (fr. Prinzenstr.) befindet sich ein 2 Meter langes Zinkrohr mit Knie und eine elektrische Klingel. Zu erfragen im 9. Polizeikommissariat.

---

p. **Czarnikau**, 10. Juni. Freitag abend gegen 11½ Uhr brach in Lubasch in einem Hause, in dem sich die Synagoge befand, ein Feuer aus, das in kurzer Zeit das ganze Gebäude in Asche legte. Die Synagogengeräte konnten zum Teil gerettet werden. Der Brandschaden beziffert sich auf rd. 15 Millionen Mk.

* Thorn, 10. Juni. In diesen Tagen erhielten viele Antragsteller, die sich um Zuerkennung der polnischen Staatsangehörigkeit beworben hatten, Vorladungen zum Magistrat. Den meisten wurde geraten, das Gesuch zurückzunehmen und erst 2 oder 3 Jahre später ein nochmaliges Gesuch zu stellen; andere, die darauf bestanden, das Gesuch erledigt zu sehen, müssen noch manche Papiere besorgen so z. B. den Nachweis, wo sie sich in der Zeit vom 1. Januar 1908 bis 20. Januar 1920 befunden haben. — Die Gemeindewahlen in den im Kreise Thorn gelegenen Ortschaften Kompanie und Smolnik sind teilweise nicht genehmigt worden und müssen deshalb nochmals stattfinden. In Kompanie waren für alle Stellen deutsche Besitzer gewählt worden. In Smolnik wurde, wie „Dzg. deutsch. Rundsch." berichtet, der neugewählte Gemeindevorsteher, ein Galizier, sowie der 1. Schöffe, der aus Kongreßpolen stammt, bestätigt, dagegen die Wahl des 2. Schöffen und Vertreters, für die Deutsche gewählt waren, für ungültig erklärt.

Handel und Wirtschaft.

Von den Danziger Banken.

♂ **Danziger Privat-Aktien-Bank.** Der Geschäftsbericht der Bank kann feststellen, daß das 26. Geschäftsjahr erfreuliche Ergebnisse gezeitigt hat. Trotz starker Konkurrenz sei es gelungen, den Kundenkreis zu erweitern und neue aussichtsreiche Verbindungen mit den Nachbarländern aufzunehmen. Im Berichtsjahr wurde eine Kapitalserhöhung von 50 auf 80 Millionen durchgeführt. Den alten Aktionären wurden 25 Mill. zum Kurse von 170 Prozent zum Bezuge angeboten. Die fortschreitende Geldentwertung machte aber eine weitere Kapitalserhöhung auf 200 Millionen erforderlich, die in der Zwischenzeit in der Hauptsache durchgeführt ist. Nach Rückstellungen und Abschreibungen beträgt der verteilbare Gewinn 104 013 Millionen. Eine Dividende von 100 Proz. (im Vorjahre 12½ Proz.) soll auf die alten Aktien und eine Dividende von 50 Proz. auf die jungen Aktien zur Ausschüttung kommen. Der Reservefonds hat sich durch die Kapitalsvermehrung auf über 1 Milliarde erhöht, dürfte aber eine weitere bedeutende Erhöhung noch erfahren. Auf das neue Jahr werden 13,5 Millionen vorgetragen.

♂ **Danziger Bank für Handel und Gewerbe.** Der soeben erschienene Geschäftsbericht für das Jahr 1922, der der am Sonnabend, dem 16. Juni, stattfindenden Generalversammlung vorgelegt werden soll, gibt zunächst einen Rückblick über die Gründung der Bank, die dazu berufen war, die Geschäfte der Ostbank für Handel und Gewerbe in Danzig zu übernehmen. Die Übernahme erfolgte am 1. Januar 1922, so daß es sich also um das erste abgeschlossene Geschäftsjahr handelt. Die Geschäftstätigkeit hat besonders im zweiten Halbjahr zu einer starken Anspannung aller Betriebsmittel geführt. Infolge der Geldentwertung mußte das Aktienkapital von 18 auf 72 Millionen unter gleichzeitiger Schaffung von 10 Millionen Mark Vorzugsaktien erhöht werden. Den Aktionären wurden für jede alte Aktie zwei neue zum Kurse von 125 Proz. zum Bezuge angeboten. 18 Millionen Mark Aktien übernahm ein Konsortium unter Führung der Ostbank für Handel und Gewerbe in Königsberg. Die Bank war an der Gründung der Metallhütte A.-G. beteiligt, hat sich aber sonst von der in Danzig allgemeinen, recht lebhaften Gründertätigkeit ferngehalten. Nach freundschaftlicher Verständigung mit der Ostbank hat die Darmstädter und Nationalbank den maßgebenden Einfluß auf das Institut erworben, woraus die Bank eine wesentliche Erweiterung ihrer Geschäfte erhofft. Der Gesamtumsatz beläuft sich auf 95 212 Millionen. Die Zahl der geführten Kundenrechnungen betrug am Ende des Berichtsjahres 3620. Nach entsprechenden Rückstellungen beläuft sich der Rohgewinn auf 76 851 Millionen, der Reingewinn auf 15 358 Millionen. Eine Dividende von 50 Prozent auf 18 Millionen Mark alte Aktien soll zur Ausschüttung gelangen. Dem Reservefonds werden 1,8 Millionen überwiesen, als Vortrag auf die neue Rechnung verbleiben 3,7 Millionen.

♂ **Landwirtschaftliche Bank A.-G. in Danzig.** In der am 7. d. Mts. abgehaltenen Aufsichtsratssitzung der Landwirtschaft-

Frau Else.

Die Geschichte einer Ehe.

Von L. v. Rohrscheidt.

(42. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

So zornig Hans-Otto auf seine Frau auch war, sie erschien ihm plötzlich wieder recht interessant und begehrenswert. Wenn ein so ernsthafter und korrekter Mensch wie Rainer Ehre und Pflicht vergessen konnte aus Liebe zu ihr, wenn er in den dunkelsten Erdteil ging, um vor dieser Liebe zu fliehen, mußte sie doch einen großen Zauber ausüben. Hans-Otto hätte sie schlagen, mißhandeln mögen und dabei mit seinen Küssen ersticken. Bei ihm sollte sie bleiben und sich fügen lernen.

„Du kannst gehen," sagte er kalt, wenn „Du das Zusammenleben mit mir nicht ertragen willst, obgleich ich wirklich der gutmütigste Ehemann von der Welt bin. Das zeige ich schon dadurch, daß ich überhaupt solche Ungeheuerlichkeiten wohlwollend mit Dir bespreche. Aber die Kinder bleiben bei mir im Hause, und Du wirst keins von ihnen wiedersehen. Solltest Du versuchen, Wölfchen zu stehlen, ich traue Dir jetzt alles zu, so würde ihn die Polizei sicher schnell ausfindig machen und mir wiederbringen. Später wirst Du es mir noch danken, daß ich Dich von dem Abgrund zurückriß, in den Du Dich stürzen wolltest. Aber wie gesagt, ich bin ein viel zu guter Kerl, um Dich zu zwingen; Du hast freie Wahl."

Er war jetzt wieder ganz Herr der Lage, pfiff seine falsche Lieblingsmelodie und entzündete die Flamme unter der Spiritusmaschine, da der Kaffee inzwischen kalt geworden war.

Else stand mit verschlungenen Händen, weißer als das Kleid, das sie trug. Vor ihren Ohren war das Brausen eines großen Wasserfalls; sie hatte ihres Mannes letzte Worte kaum verstanden, sie fühlte nur eins: sie mußte Rainer noch einmal wiedersehen. Er war gewiß noch nicht fort, er hatte es geschrieben, um keinen Abschied nehmen zu müssen.

Der Rittmeister hatte inzwischen sein ausgiebiges Frühstück beendet. Aufregungen schärften immer seinen stets regen Appetit. „Lebewohl, meine Liebe," sagte er spöttisch, „ich denke, daß wir uns beim Mittagessen wiedersehen werden."

Er wartete keine Antwort ab, dröhnend flog die Tür hinter ihm ins Schloß.

Sie schreckte zusammen. Gott sei Dank, daß er endlich fort war, wenn sie sich sehr beeilte, konnte sie den Berliner Zug noch erreichen. Schnell warf sie einen dunklen Mantel über ihr Morgenkleid, ob sie Hut, Handschuhe, Schirm richtig wählte, beachtete sie nicht, und ging eiligen Schrittes zum Bahnhof. Der Regen sprühte auf ihr dunkles Haar, sie merkte es nicht; der Zug hielt noch, aber es war die höchste Zeit; sie öffnete die Tür zum Damenabteil und fuhr erschreckt zurück, als sie in Frau Bergwitz' lachendes Gesicht sah. Rasch sprang sie in das leere Nebenabteil.

„Ei, sieh mal an," sagte sich Frau Herma, „wir wollen wohl nicht gerne gesehen sein, meine Liebe? Wo sie wohl hin will? Im Gesellschaftsmantel macht man doch keine Besorgungen? Das muß ich ergründen." Vom Lehrter Bahnhof folgte sie unauffällig der schlanken, dunklen Gestalt, die am Schiffbauerdamm lang ging und in die Luisenstraße einbog.

In Nummer 10 ist sie gegangen! Luisenstraße 10 ist die Wohnung des jungen Biegeleben, frohlockte sie. Nun hab ich Dich, meine tugendstrenge Frau Else, jetzt wird es auch Papa endlich glauben müssen.

* * *

Rainer hatte fertig gepackt, die wenigen eigenen Möbel waren auf die Speicher geschafft, die Vorhänge abgenommen, es sah trostlos öde in der kleinen Wohnung aus. Er hatte den Kameraden gestern Lebewohl gesagt, seine allgemein bedauerte Abreise mit einem tiefen Trunk begossen. In einer Stunde ging sein Zug; auf dem Bahnhof würden ihn seine guten Freunde noch erwarten.

Er wollte ohne Abschied von Mutter, Bruder und — Else fort. Besser den Schnitt so kurz und scharf wie möglich machen. Es war auch alles überraschend schnell gekommen, da er zum Ersatz für einen erkrankten Kameraden eingeschoben wurde. Je eher, je besser. — In der schweigenden Wüste, in tiefster Einsamkeit würde er versuchen, seine aussichtslose Liebe zu überwinden. Das kurze Wiedersehen zweimal in der Woche, das stete Hangen und Bangen, das Leben von einem flüchtigen Beisammensein zum andern rieb sie beide auf. Jedesmal war das holde, traurige Gesicht Elses schmaler und bleicher geworden. Arme, süße Frau! Sie trug die größte Last, und er, der die Hände unter die kleinen Füße hätte breiten mögen, damit sie an keinen Stein stießen, er hatte ihr Leben noch viel schwerer gemacht.

Ein leises Klingeln ertönte, dann Klopfen. Wer konnte ihn jetzt noch stören? Unmutig ging er, die Tür zu öffnen, und prallte erschreckt zurück, als er Else erkannte, dann zog er sie hastig in den dämmerigen Flur.

„Ich mußte Dich noch einmal sehen, Rainer," flüsterte sie, „ich fühlte es, daß Du noch nicht fort warst."

„Mein armes Lieb!" Er nahm ihr den nassen Mantel ab und strich über ihren Scheitel, auf dem die Regentropfen glitzerten. „Else, weshalb bist Du noch einmal gekommen und machst mir den Abschied schwer?"

„Die paar Minuten kannst Du mir noch schenken," sagte sie traurig, „von dem Licht muß ich nun lange zehren, jetzt geht mein Weg ins Dunkel."

„War Hans Otto sehr böse?"

„Ich habe ihm gesagt, daß wir uns lieben."

„Und was antwortete er darauf?" sagte Rainer in atemloser Spannung.

„Er redete viel grausame Dinge, fand dann aber Deinen Entschluß sehr vernünftig. Er bleibt ja Sieger." Sie sprach mit tiefer Bitterkeit.

„Das ist mir am schwersten, daß ich Dich so schutzlos zurücklassen muß."

„Ja, wir bezahlen unser kurzes Glück sehr teuer." Sie saß auf dem einzigen Stuhl in dem öden Zimmer, trostlos gähnten die leeren Fenster, an welche der Regen klatschend schlug.

(Fortsetzung folgt.)

lichen Bank A.-G., Reitbahn Nr. 2, wurde die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung vom 31. Dezember 1922 vorgelegt und beschlossen, der für den 29. Juni d. Js. einzuberufenen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 50 Prozent vorzuschlagen. Der ausgewiesene Gewinn beträgt 38 123 514,51 Mk.; die drei der Bank gehörenden Gebäude sind auf 1,— Mk. abgeschrieben.

Industrie.

⊙ **Der polnisch-oberschlesische Steinkohlenbergbau.** In der Zeit vom 21. bis 27. Mai belief sich die Förderung, laut Fachblatt „Industriekurier", auf 390 111 To. (Vorwoche 471 496 To.). Das fördertägliche Ergebnis belief sich bei 5 Fördertagen auf 78 022 To. (5 Fördertage 78 581 To.). Es verblieben in Polnisch-Oberschlesien 125 722 To. (157 822 To.). Der übrige Absatz stellt sich wie folgt: übriges Polen 84 100 (79 518) To., Deutsch-Oberschlesien 45 190 (55 718) To., übriges Deutschland 101 813 (112 985) To., Deutsch-Österreich 32 035 (36 444) To., Tschecho-Slowakei 4230 (5016) To., Ungarn 5575 (6191) To., Danzig 2536 (2404) To., Schweiz 1867 (2853) To., Schweden 710 (2364) To., Italien 100 (303) To., Memel 244 (300) To., Litauen 112 (100) To., Dänemark 75 (405) To., Jugoslawien 3919 (1740) To., Rumänien 45 (1164) To. Der Kohlenbestand betrug am letzten Tage der Berichtswoche 331 766 (344 720) To. Von den angeforderten 33 348 Wagen (38 125) wurden 338 (1899) nicht gestellt.

⊙ **Vereinigte Königs- und Laurahütte A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Berlin.** Ao. G.-V. beschloß Erhöhung des Grundkapitals von 180 um 320 Mill. auf 500 Mill. Mark. Zur Begründung führte der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende, Bankdirektor Nathan, aus, daß durch die Markentwertung die Zuführung neuer Mittel unbedingt notwendig sei, um die Inanspruchnahme außergewöhnlich hoher Bankkredite zu vermeiden. 90 Mill. M. der neuen Aktien werden von einem Bankenkonsortium zu 100 Prozent übernommen mit der Verpflichtung, dieselben zu einem erst nach Eintragung der Kapitalserhöhung ins Handelsregister festzusetzenden Kurse den alten Aktionären im Verh. 2 : 1 zum Bezuge anbieten. Die verbleibenden 230 Mill. M. Aktien werden ebenfalls zu 100 Proz. übernommen und im Einvernehmen mit der Verwaltung später begeben werden. Die jungen Aktien sind ab 1. 6. 1923 dividenberechtigt. Neu in den A.-R. wurden gewählt: Sigmund Bosel, Dr. Wolfgang David (beide Unionbank, Wien) sowie Generalkonsul Eugen Landau, Berlin. Zur Geschäftslage erklärte, Generaldirektor Geheimrat Hilger, daß anerkannt werden müsse, daß die polnische Regierung bestrebt sei, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Der Vorsteher des Handelsamtes in Warschau sei ein einsichtsvoller Mann, der sich bemühe, der Industrie zu helfen. Es sei der Regierung gelungen, im polnischen Teil Oberschlesiens Ruhe und Ordnung voll wiederherzustellen. Der Betrieb der Gesellschaft sei mit Ausnahme des im Februar erfolgten Wassereinbruchs auf den Gruben von Schwierigkeiten verschont geblieben. Das Versaufen der Gruben sei verhindert worden. Gute Wagengestellung und günstiger Oderstand waren dem Versand zugute gekommen. Die Koksversorgung sei regelmäßig gewesen, die Roheisenproduktion liegt ebenso wie die Schrottzufuhr günstig. Für die Hütten liegt augenblicklich ein Auftragsbestand von 97 Milliarden Mark, einschließlich der Aufträge der Verfeinerungsindustrie ein Bestand von 157 Milliarden Mark vor. Allerdings hätten anderseits die Löhne und Gehälter geradezu eine enorme Steigerung erfahren. Was die Bauten des Unternehmens anlange, so sei ursprünglich ein Bauetat von 5 Milliarden Mark vorgesehen gewesen, der jedoch durch die Geldentwertung schon wieder unzureichend sei, so daß die jetzt einkommenden Mittel auch hiefür Verwendung finden würden. Die geldlichen Ergebnisse seien gut und dementsprechend sei auf Grund der bisher abgelaufenen Monate auf eine gute Dividende zu rechnen.

⊙ **„Donnersmarckhütte", Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke A.-G.** In der Generalversammlung wurde die Dividende mit 0,1 Proz. Goldmark, umgerechnet 1 Goldmark gleich 5000 Papiermark, festgesetzt. Neugewählt in den Aufsichtsrat wurde Generalkonsul Eugen Landau (Berlin), Aufsichtsratsvorsitzender der Oberahlen Eisenbahn-Bedarf-Gesellschaft. Die Beschäftigung im lfd. G.-J. ist zurzeit in allen Abteilungen gut, so daß, wenn nicht unvorhergesehene ungünstige Verhältnisse eintreten, für das laufende Geschäftsjahr ein befriedigendes Ergebnis zu erwarten ist.

⊙ **Die Streichholzindustrie** arbeitet nach Einführung des Ausfuhrverbots für Espenholz sehr intensiv. Zur Zeit sind nach dem „Kurjer Polski" 13 Fabriken tätig, in denen 4000 Arbeiter beschäftigt werden. 8 Fabriken arbeiten zu zwei Schichten, 3 Fabriken befinden sich in Bauzustand und eine Fabrik im Zustand der Renovierung. Die größte der Fabriken „Progreß-Wulkan" in Pinsk flog im Januar in die Luft, doch ging man sofort an den Wiederaufbau. Die monatliche Streichholzproduktion reicht an 17 000 Kisten zu je 5000 Schachteln. Der Bedarf an Espenholz beträgt ungefähr 5500 Raummeter. Durch Verordnung des Ministerrats vom 7. April wurde die Abgabe von Streichhölzern auf 80 M. für die Schachtel erhöht.

⊙ **Interessengemeinschaft in der Papierindustrie.** Zwischen der Winterschen Papierfabrik A.-G. und der Hannoverschen Papierfabrik Alfred-Gronau ist unter Führung der Berliner Handels-Gesellschaft ein neuer Interessengemeinschaftsvertrag zum Abschluß gekommen, der zur Gründung der Hanno-Winter A.-G. geführt hat. Die mit einem Aktienkapital von 30 Mill. Mk. errichtete Verkaufsorganisation steht wegen einer Erweiterung des Unternehmens, die den Anschluß noch anderer Betriebe zum Ziel hat, in Unterhandlungen.

Handel.

♂ **Der neue Zolltarif in Lettland.** Das Zolldepartement hat seine Arbeiten mit dem maximalen Einfuhrtarif beendet. Für Massenartikel und Rohstoffe sind die Normen für beide Tarife gleichartig, aber für besondere Waren, wie z. B. Mehl, sollen die Tarife niedriger sein als die jetzt bestehenden. Der minimale Einfuhrtarif für Maschinen wird herabgesetzt, dagegen der maximale etwas erhöht. Wahrscheinlich wird der Minimaltarif gleichzeitig mit der Ratifizierung des lettländisch-französischen und des lettländisch-englischen Handelsvertrages in Kraft treten.

Wirtschaft.

♂ **Die Junipreise der Baustoffe in Deutschland.** Durch die Erhöhung der Kohlenpreise unterlagen die Baustoffe am Monatsbeginn einem sehr lebhaften Preisauftriebe. Der „Bauwelt", Berlin, zufolge kosten Mauersteine nach den neuesten Preisfestsetzungen frei Bau fast 350000 Mk. je 1000 Stück. Die Preise für Kalk und Gips sind um 40 bis 50 pCt. erhöht worden, die Höchstpreise für Zement infolge zweier Kohlenpreiserhöhungen sogar um 70 pCt. Man hofft, den neuen Zementpreis den Juni hindurch bestehen lassen zu können. Bauglas ist um 50 bis 60 pCt. gestiegen. Ein Quadratmeter Linoleum-Stapelware kostet rd. 50 000 Mk. Die Zahl der Arbeitsuchenden im Baugewerbe geht weiter zurück.

♂ **Neue deutsche Spirituspreise.** Vom Reichsmonopolamt werden folgende neue Preise mit Wirkung vom 12. Juni ab festgesetzt: Sprit 25 000 Mk., Brennspiritus 4000 Mk., Essig 4000 Mk., Parfüm 7500 Mk je Liter.

♂ **Finanzierung tschechischer Zuckerfabriken durch Holländer.** Der Prager Presse zufolge interessieren sich holländische Bankfirmen für tschechoslowakische Zuckerfabriken. Dieser Tage sollen Vertreter dieser Bankfirmen nach Prag kommen, um Verhandlungen in dieser Hinsicht anzubahnen.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 11. Juni 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	197 000—215 000	Roggenmehl 70% (inkl. Säcke)	198 000—208 000
Roggen	122 000—132 000	Hafer	139 000—144 000
Braugerste . .	100 000—105 000	Weizenkleie . . .	64 000
Weizenmehl 65% (inkl. Säcke)	345 000—355 000	Roggenkleie . . .	64 000

Tendenz: im allgemeinen unverändert.

≠ **Die Berliner Produktenbörse** verzeichnete am 9. Juni einen Roggenpreis von 122 000—124 000 Mk. für je 50 Kilogramm märkischen und pommerschen Roggen, gegen 117 000—118 000 Mk. am Vortage.

Danziger Mittagskurse vom 11. Juni.

Die polnische Mark in Danzig .... 110 Brief
Der Dollar in Danzig 79 500

Warschauer Börse vom 9. Juni.

Devisen:

Belgien	3975	Paris	4625
Berlin	0,81—0,78	Prag	2155—2140
Danzig	0,81—0,78	Schweiz	12 950
London	332 500—324 000	Wien	0,99—0,97
Neuyork	72 000—71 300	Italien	3 375

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil: Dr. Martin Meister; für Handel und Wirtschaft: i. V.: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Unterhaltungsbeilage des Posener Tageblattes.

Seines Glückes Schmied -- stolzer Ruhm!
Seines Unglücks Meister — Heldentum.
(Fliegendes Blatt).

Güte.

Skizze von von Käte Lubowski (Charlottenburg).

Als Eberhart Franzius, der neue Präsident des Strelitzer Landgerichts, zum ersten Mal nach seiner jungen Würde im Heim seines verheirateten Bruders zu Abend aß, traf er dort noch einen Gast an. Der saß, seltsam demütig und schmal, im Hintergrund, fast verdeckt von der allzeit fröhlichen, reichlich behäbigen Hausfrau. Der Präsident wußte nicht, ob er der Demütigen seine Hand entgegenstrecken sollte. Sie hatte unwillkürlich die ihre gehoben, ließ sie aber sogleich wieder fallen und versank noch tiefer in ihren Winkel.

„Ihr habt Euch also sofort wiedererkannt!" forschte die behäbige Schwägerin vergnügt und dachte plötzlich daran, wie man vor etwa zehn Jahren in ihren Kreisen munkelte, daß der damalige Gerichtsassessor in die damals blumenhaft zarte und sehr liebliche Hetta Stobe unglücklich verliebt und um ihretwillen auch unvermählt geblieben sei. Was aber weder sie noch sonst jemand ahnte, war die Tatsache, daß die Zarte dem ernsten Eberhart Franzius um des schönen flotten Referendars halber die Treue brach, die sie ihm viele tausendmal zuvor geschworen.

Die Mahlzeit verlief schweigsam. Der Schein des Lichts fiel auf das nervöse, leicht verwelkte Gesicht des alternden Mädchens. Der Präsident sprach sie an. Die Hausfrau reichte ihr, ohne zu nötigen, die Schüsseln als letzter zu, und sie aß hastig und mehr als die Herren. Sobald die Mahlzeit beendet war, verschwand sie. Eine Weile blieb sie danach stumm. Dann tat der Präsident die erste Frage:

„Was ist das eigentlich mit Hetta Stobe —? Sie war doch mit dem Referendar Winter ein paar Jahre verlobt! Warum ist die Geschichte zurückgegangen?"

„Er hat sich nach jener Nacht, in welcher er sein damals noch recht beträchtliches Vermögen verlor, erschossen . . . Als wir erfuhren, daß er das kleine Erbe seiner Braut auch noch vertan hatte, mußten wir uns ihrer doch wohl annehmen. Ihr Vater hatte ein halbes Menschenleben in dieser Stadt gewirkt, ihre Gesundheit war zu zart, um irgend etwas zu erlernen und . . . verhungern konnte man sie doch nicht gut lassen," erklärte die behäbige Schwägerin wichtig. „Wochenweise futtern wir sie seither durch. Sechzehn Familien haben sich dazu schriftlich verpflichtet."

„Furchtbar," sagte Franzius leise vor sich hin.

„Nicht wahr?" mißverstand ihn die Schwägerin. „Da lag es doch auf der Hand, daß man ihr helfen mußte."

Der Präsident äußerte sich nicht mehr dazu, sondern brach dies Thema ab.

Erst als er sich in die große Dienstwohnung zurückbegab, setzten die Gedanken über sie wieder ein.

Das sollte nun also das Ende dieses von ihm vergötterten Mädchens sein?

Eine Almosenempfängerin, die sicher untergehen mußte, wenn sie die Güte der anderen nicht mehr hielt. — Güte? War sie das wirklich? Nein! Hier betätigte sich gedankenlose Grausamkeit auf dem ihr bequemsten Wege, — Hetta Stobe war immer eine schwache Natur gewesen. Wie hätte sie sonst um des leichtsinnigen Schürzenjägers halber seine heiße Liebe verraten können? Damals hatte er sehr bald ihre tiefe Reue gespürt und damit zugleich gewußt, daß er nur die Arme nach ihr auszustrecken brauche, um sie zurückzuhaben. Dazu war er zu stolz gewesen. Auch hatte er gemeint, alle Liebe und Achtung zu ihr und für sie verloren zu haben. Das heutige unverhoffte Wiedersehen lehrte ihn, daß es anders sei . . .

Es ließ sich halt auch in Zukunft nicht vermeiden, daß der Präsident ihr hier und da im Heim anderer Juristenfamilien begegnete.

Einmal huschte sie ihm gerade auf dem Flur in den Weg. Mit hängenden Armen — wie erschlagen von seiner Nähe — stand sie vor ihm. Die Zeit zu einer ungestörten Frage war kurz bemessen. Darum tat er sie so hart und kurz:

„Wie ist es möglich geworden, daß Sie so weit heruntergekommen sind, Hetta Stobe? Ersticken Sie denn nicht an all diesen Gnadenhappen? Können Sie gar nichts arbeiten? Hören Sie ... ich schäme mich ... daß ... ich um Ihretwillen so viel gelitten habe ..."

„Schämen — — —?!" Hetta Stobe murmelte es immer wieder vor sich hin, griff an die Stirn — wollte ein Wort der Entschuldigung oder des Zornes herauswürgen . . . aber als sie die Lippen dazu öffnete, war er gar nicht mehr neben ihr.

„Sie muß verrückt geworden sein," sagte die behäbige Schwägerin des Präsidenten zwei Tage später zu ihrem Mann und las ihm Hetta Stobes Brief vor:

„Ich danke Ihnen vielmals für Ihre mir bewiesene Güte, verehrte Frau," stand darin; „in Zukunft kann ich sie aber nicht mehr annehmen. Ich habe mich entschlossen, bei Finchen Rettertag als Zuarbeiterin für künstliche Blumen einzutreten. Denn das ist das einzige, was ich mir zutraue. — Bitte, sagen Sie das mit meinem herzlichen Dank auch den anderen Herrschaften."

„Es ist eine Schande," empörte sich die behäbige Schwägerin, und die anderen Wohltäterinnen stimmten ihr ohne Ausnahme zu.

Niemand lud Hetta Stobe nach dieser Erfahrung wieder zu sich ein. Keiner kümmerte sich hinfort um sie. Das erschien ihnen als die einzig passende Antwort auf so viel Undankbarkeit.

Sechs Monate arbeitete Hetta Stobe nun bereits bei dem kleinen lahmen Finchen. Unter ihren Händen gediehen hauchfeine Gräser, taufrische Knospen, strahlende Blüten. Sie selbst hatte sich gewandelt. Wer es sehen wollte, merkte es deutlich, daß sie kaum 33 Jahre zählte.

Als ihr der Präsident Franzius zum ersten Mal nach seinen harten Worten begegnete, wurde sie sogleich wieder schmal und demütig und wollte, ohne nach ihm zu blicken, vorbeihuschen.

Aber er vertrat ihr den Weg und reichte ihr die Hand.

„Nun wie geht's denn, Fräulein Hetta? Sie haben sich ja vorzüglich erholt."

Zu antworten vermochte sie nicht. Aber sie hörte, was er anfügte:

„Nächstens hole ich Sie mal bei Finchen ab. Ich muß mir entschieden ansehen, was Sie schaffen können."

Dann war sie wieder allein. In ihr wühlte ein Sturm schlummernde Gefühle wach, Blutwellen jagten unter ihrer dünnen, immer noch sehr weißen Haut. Ihre Hände verkrampften sich wie zum Gebet.

War es möglich ... daß er, der Grausame, sie dabei mit einem Strahl der alten Liebe angesehen hatte? Oder war das nur jene echte Güte, die hart erscheinen muß, um recht helfen zu können?

Gleichviel! Fest stand, daß er — als einziger — ihr geholfen hatte!

Er — auch der einzige —, der das Recht besessen, sie ganz zu verderben! Nun konnte sie niemals wieder geduckt und geschlagen erscheinen.

Stolz und Freude glühten in ihr auf. Und noch etwas .... Hoffnung ... auf die Zukunft, die plötzlich aus ihrem grauen Sack in ein rosenrotes Mäntelchen geschlüpft war.

Mit dem Deutschen Schutzbund in der Nordmark.

Von unserem zur Tagung des Deutschen Schutzbundes und des Vereins für das Deutschtum im Auslande entsandten Sonderberichterstatter Heinrich Gesell.

II.

Flensburg und Hamburg.

Es war ein glücklicher Gedanke, nicht wie in früheren Jahren jede einzelne Stammes- und damit auch Notgemeinschaft ein großes Referat über die wesentlichen Ereignisse ihrer engeren Heimat halten zu lassen. Der Einzelbilder sind dann soviel, daß sich keiner mehr durchfindet, und daß doch keine zusammenschließenden Parallelen gezogen werden können. Zudem ist der Not des einzelnen Stammes im fremden, meist feindlichen Staat doch nicht durch Beschlüsse einer Gesamtheit zu steuern. Es ist darum viel besser, die Einzelheiten im kleineren Kreis zu beraten, schon um den Angehörigen einer vielleicht nicht besonders gut organisierten deutschen Minderheit ihre Unterlegenheit gegenüber der konstruktiven Hochentwicklung etwa des Sudetendeutschtums nicht besonders fühlen zu lassen. Man begnügte sich vielmehr, ebenso wie man über die Nordmark selbst nur in ganz herben und kurzen Sachreferaten berichtet hatte, mit einem Generalreferat Dr. v. Loeschs, das in seiner Geschlossenheit sicher den geistigen Höhepunkt der ganzen Tagung bedeutete. Sein Referat, über den Augenblick hinausgehend, zeigte die vielfältigen Entwicklungslinien, die der deutschen Volksgemeinschaft in ihrer augenblicklichen Zerrissenheit drohen oder blühen können, je nachdem die Führung, sei es in Deutschland selbst, sei es bei den heute aus den Reichsgrenzen ausgeschlossenen Stämmen, ihre Aufgaben richtig erkennt und erfüllt, oder — versagt. Er zeigte aber auch ganz offen und ehrlich die möglichen Grenzen und die ungeheuren Erschwerungen, die die Arbeit an einer geschlossenen Volksgemeinschaft heute überwinden muß.

Daß dabei offene und scharfe Worte fielen, gereicht den Veranstaltern eher zur Ehre, als zum Vorwurf. Hier wäre Vogel-Strauß-Politik am allerwenigsten am Platz. Hierher gehörte insbesondere die Auseinandersetzung, die Dr. v. Loesch über das aufziehende Problem des Faszismus in allen wirklichen und vermeintlichen Nationalstaaten mit einer scharf motivierten und begründeten Ablehnung dieses Kraftmeierstandpunktes einleitete. Es war außerordentlich interessant festzustellen, daß nicht nur etwa Volksgenossen aus den durch Faszismus bedrohten Randgebieten der deutschen Großsiedlung, sondern auch die Vertreter sonst recht scharfer Tonarten im Innern des Reiches sich einmütig gegen die Methoden des Faszismus wandten, weil sie seine moralische Minderwertigkeit zugaben.

Das zweite große Problem, das nicht nur erörtert, sondern innerlich zu einem gewissen Abschluß gebracht wurde, ist das Problem der Jugend innerhalb der geistig geeinten Volksgemeinschaft. Es zeugte von Weitblick, daß man hier sowohl im Schutzbund, wie später auch im Verein für das Deutschtum im Ausland in einem gewissen Gegensatz zu früher allergrößten Wert darauf gelegt hat, nicht nur die Kreise zu Wort kommen zu lassen und zu der praktischen Arbeit heranzuziehen, die ihre nationale Gesinnung täglich als ihre Besonderheit rühmen und vor sich hertragen, sondern daß man z. B. innerhalb der akademischen Jugend heute weit über die Kreise des Hochschulringes deutscher Art hinaus Boden zu fassen verstanden hat in den freieren Kreisen einer Jugendbewegung, die das arme, gequälte deutsche Volk liebt, so wie es ist mit allen seinen Fehlern. Dieser erhabene Gedanke einer Volksgemeinschaft ohne Kritik, nur zur Hilfe für alle Not, dieses bewußte Hinweggehen, „nicht sehen wollen" alles Trennenden, das zielklare Vorübergehen an den Gegensätzen zweiter Ordnung, — das kam insbesondere stark zum Ausdruck bei der Diskussionsrede des Jungführers Glatzel, dem man schon um der Knappheit und Kürze seiner Darlegungen willen Dank wissen mußte.

Und wer dann die weitere Tagung miterlebte, mußte ihm sachlich in seiner Forderung der Beiseiteschiebung aller trennenden Meinungsverschiedenheiten immer von neuem Recht geben. Wer die unbedingte innere Geschlossenheit gefühlt hat, wer die erste Flensburger und die erste Hamburger Versammlung — die beiden äußerlichen Höhepunkte der ganzen Tagung — miterlebte, der wird das nur bestätigen können. Der erste dieser Höhepunkte war die große, programmatische Erklärung des Freiherrn v. Gayl für seine ostpreußische Heimat und die deutschen Volksgenossen im Osten: daß man es durchaus verstehe, daß an Rhein und Ruhr heute der passive Widerstand die einzig brauchbare Waffe sei, daß aber der Osten fest entschlossen sei, gierigen Griffen nach deutschem Besitz durchaus und in jedem Hinsicht mit aktivem Widerstand entgegenzutreten. Hier fühlte jeder, daß ein großes, klares Wort gelassen ausgesprochen, seine Wirkung nicht verfehlen werde, und die Entwicklung hat zum mindesten bei dem Danziger Konflikt mit Polen diesem Gefühl bisher Recht gegeben.

Der zweite Höhepunkt war der Beginn des Hamburger Deutschen Tags, als der Bischof von Osnabrück, Dr. Berning, einer schon in Flensburg vom Generalsekretär des Gustav-Adolf-Vereins, Pfarrer Geißler, gegebenen Anregung von evangelisch-protestantischer Seite folgend, mit klaren Worten erklärte, daß auch die katholische Kirche in ihrer Arbeit für die bedrängte deutsche katholische Kirche des Auslandes auf Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirche größten Wert lege, und daß in Zukunft alles geschehen werde, um diese Zusammenarbeit so eng als möglich zu gestalten. Es war ein historischer Augenblick, als sich nach einer kurzen erneuten Zustimmungserklärung von evangelischer Seite durch Missionsdirektor Schreiber-Halle die Vertreter der beiden christlichen Kirchen auf dem Podium des Konventsaales unter dem jubelnden Beifall der vielen Tausenden von Zuhörern die Hand reichten.

Auch sonst waren die Tage noch reich an erhebenden Augenblicken. Die Wärme, mit der die Bauern auf den Südufern der Flensburger Förde ihre Gäste am Abend vor Pfingsten aufnahmen, wird allen, die dabei waren, für immer als ein Zeichen treuer deutscher Gesinnung in Erinnerung bleiben. Und die Pfingstfeuer, die sich am selben Ufer nach einem endlos langen Fackelzug durch Flensburgs Straßen am Freihafen als Gruß an unsere deutschen Brüder jenseits der aufgezwungenen dänischen Grenzen entflammten, auch sie werden lange in der Erinnerung derer weiter brennen, die die Notrufe von Bergeshöh und die Schwüre für ihr Deutschtum aus dem Mund unserer Volksgenossen aus Ost und West, aus Nord und Süd an der lohenden Flamme mit anhörten. Dazu am anderen Tag die tiefernste, grenzdeutsche Feier in der historischen Nikolaikirche in Flensburg mit den schweren, wuchtigen Worten von Prof. Patterer aus Graz, die dann in einem feierlichen Schwur in liturgischer Form endete. Auch hier der — gelungene — Versuch, für Bekenntnis und Treuschwur zu Vaterland und Volksgemeinschaft neue Formen zu finden, die allmählich zu neuen unumstrittenen Symbolen werden können.

Rechts und links.

Gedanken über eine alltägliche Geschichte.

Von Karl Mischke.

Die Frage, wie der Mensch zu seiner Rechtshändigkeit, zu der Bevorzugung der rechten Hand vor der linken, gekommen sei, wird in neuerer Zeit wieder mit zunehmendem Interesse behandelt. Daß die rechte Seite höher geschätzt wird als die linke, ist schon sehr alt, das beweisen die religiösen und abergläubischen Vorstellungen der Alten. Von der Rechten kommt stets das Gute, die Adler des Zeus kommen von seiner rechten Seite, und wenn es links donnert, so bedeutet es Unglück. Die rechte Hand wurde und wird zum Gruße geboten, mit der rechten schließen wir den Bund fürs Leben. Wenn an einem Tage sich eine Reihe ärgerlicher Widerwärtigkeiten einstellt, so vermuten wir, daß wir vielleicht aus Versehen mit dem linken Bein zuerst aufgestanden sind. Ein Handschlag mit der Linken wird als Zeichen der Unwürdigkeit zurückgewisen. Schon das Kind soll immer die „schöne Hand" geben. In der Bibel wird dem Bösen der Platz zur Linken Gottes angewiesen.

Die Mehrzahl der Menschen ist rechtshändig, wir arbeiten, zeigen, schreiben, essen vorzugsweise mit der rechten Hand. Das vielfach nach englischer Sitte verlangte Hantieren der Gabel mit der Linken wird von vielen als unbequem empfunden. Personen, welche die linke Hand bevorzugen, werden Linkser genannt. Sie waren beim Militär nicht beliebt, da sie die allgemeine Gleichmäßigkeit unterbrachen, und auch im Zivilleben halten sie auf. Studenten fechten nicht gern gegen Linkser, da dieser die Möglichkeit mancher schwer zu parierender Hiebe hat; Linkser gegen Linkser kommt selten vor.

Manche glauben, die Rechtshändigkeit komme lediglich durch die Erziehung, durch das Beispiel der Erwachsenen, durch die Ermahnung. Ein Patsch auf die linke Hand, der Zuruf, daß das Kind die andere, die schönere reichen oder zu einem Griff benutzen solle, das Zurückziehen des angebotenen Leckerbissens, wenn die falsche Hand zufassen will — so entstehe die Rechtshändigkeit. Das stimmt aber nicht. Sie entwickelt sich schon im sechsten Monat, wenn das Kind weder kriechen noch gehen gelernt hat. Gegen Ende des ersten Jahres wird die Rechtshändigkeit deutlicher, und mit dem Erlernen der Sprache befestigt sie sich mehr und mehr.

Auf der Insel Celebes soll es nach den Berichten der Brüder Sarasin, deren Zuverlässigkeit gerühmt wird, einen niedrigstehenden Volksstamm geben, bei dem die Linkshändigkeit vorherrscht. Die Eingeborenen von Gorontalo arbeiten vorzugsweise mit der linken Hand.

Sonst aber ist heutzutage überall die Rechtshändigkeit die Regel, und das war schon in der Urzeit der Menschheit. Wenigstens wollen die Gelehrten, die sich mit den Anfängen der Menschen beschäftigen, den Schabern und Messern der ältesten Steinzeit ansehen, daß bei ihrer Herstellung die rechte Hand die entscheidenden Schläge geführt hat; dasselbe gilt von den primitiven Zeichnungen der Pferde, Elefanten und anderer Tiere, welche an den Wänden der Höhlen die Hunderttausende von Jahren überdauert haben. Allerdings gibt man zu, daß damals die Zahl der Linkser im Verhältnis größer gewesen sein könne als heute.

Daß die Rechte schon in uralter Zeit den Vorzug hatte, beweist auch die Sprache, deren Anfänge jedenfalls in eine Urzeit zurückgehen. Recht, Gerechtigkeit und rechts haben in unserer Sprache denselben Stamm, links zeigt sich in linkisch, ungeschickt. Ähnliches finden wir bei vielen Völkern. Grimm, der große Sprachforscher, hat darauf hingewiesen, daß in verschiedenen Sprachen der Stamm von links und fünf dasselbe ist, und ebenso für zehn und rechts. Das wäre ein geradezu zwingender Beweis. Wir alle fangen ja doch damit an, daß wir an den Fingern zählen, erst die Schule gewöhnt es uns mit Mühe wieder ab. Wir tippen mit dem Zeigefinger der rechten Hand auf den Daumen, den Zeigefinger usw. der linken Hand: eins, zwei, drei . . . . bei fünf ist die linke Hand vollständig. Dann gehen wir zu den Fingern der rechten Hand über. Wenn also das Wort fünf mit fünf übereinstimmt, mußte sicher beim Abzählen zunächst die rechte Hand die aktive sein!

Die Schrift der Juden läuft bekanntlich von rechts nach links, umgekehrt wie die unsere. Es ist daraufhin die Vermutung aufgestellt worden, die alten Juden seien in der Zeit, als sie die Schrift kennen lernten, Linkser gewesen und hätten mit der linken Hand geschrieben. Das klingt auf den ersten Blick recht plausibel, aber dem steht doch entgegen, daß in der Bibel an verschiedenen Stellen erwähnt wird, daß dieser oder jener ein Linkser gewesen sei. Wenn man solche Ausnahmen anführt, ergibt sich der Schluß auf die Regel von selbst. Übrigens schreiben ja auch die Chinesen und die Japaner, indem sie rechts anfangen, und die Griechen haben eine Zeit rechts—links, in einer Art Schlangenlinie geschrieben, „wie der Ochs beim Pflügen geht." Man legte offenbar auf die Schriftrichtung nicht so viel Gewicht.

Ein Schweizer Statistiker, Dr. Franz Schwerz in Bern, hat vor ein paar Jahren festgestellt, daß unter den Schulkindern des Kantons Schaffhausen rund acht Prozent Linkshänder wären. Das festzustellen war nicht gar leicht, da manche Kinder sich schämten ihr „Gebrechen" einzugestehen, und man stets auf das Zeugnis des Lehrers, der die Kinder täglich beobachtete, zurückgehen mußte. Gleichzeitig hat ein deutscher Gelehrter, E. Stier, ähnliche Zählungen verfolgt, die sich über ganz Deutschland erstrecken. Er fand in Ostpreußen 3 Prozent, in Westpreußen 3½ Prozent, in Sachsen 4½ Prozent bis 5½ Prozent, in Bayern 4 Prozent, in Württemberg 6½ Prozent usw. Es ergab sich also das höchst seltsame Resultat, daß die Zahl der Linkser im Süden Deutschlands größer ist als im Norden, daß man, abgesehen von einigen Schwankungen (die übrigens auch in Ungenauigkeiten der Angaben begründet sein können!) eine allmähliche Zunahme der Linkshändigkeit von Osten nach Westen und von Norden nach Süden vorfand. Was mag der Grund für diese seltsame Erscheinung sein?

Über die Entstehung der vorherrschenden Rechtshändigkeit des Menschen ist man jetzt ziemlich einig.

Ursprünglich bediente sich der Mensch beider Hände mit gleicher Geschicklichkeit, was er heute nur durch viele Übung erreichen kann. Allmählich aber fand man es vorteilhafter, eine Arbeitsteilung eintreten zu lassen, für schwierigere Leistungen die eine Hand zu bevorzugen, die leichtere Arbeit der anderen zuzuschieben. So brauchte bloß die Muskulatur des einen Armes kräftiger entwickelt zu werden. Diese „Einhänder" erhielten ein natürliches Übergewicht über die Zweihändigen, sie waren tüchtiger, und das Tüchtigere überlebt. Infolgedessen nahm dann die Zahl der „Einhänder" mehr zu. Vielleicht waren unter diesen die Rechtshänder und die Linkshänder zunächst von gleicher Zahl. Die vielen Kämpfe aber, die der Urmensch mit seinesgleichen und mit wilden Tieren führte, ergaben, daß der Rechtshänder sowohl dem Linkshänder wie auch dem Beidhänder gegenüber in Vorteil war. Der mit der rechten Hand geführte Schlag traf die linke Seite des Gegners, und die Verletzungen der linken, der Herzseite, bedrohten das Leben des Feindes in hohem Grade, während er selbst mit der Linken seine linke Brustseite schützte. So kam die Rechtshändigkeit zum Übergewicht und vererbte sich auf die Nachkommen als vorteilhafte Eigenschaft. Die heutigen Linkshänder sind also bloß der Rest einer im Aussterben begriffenen Abart des Menschen. Sie tauchen zwar auch in normalen Familien gelegentlich auf, aber das ist dann eben Erbgut irgend eines Ahnen.

Heiteres.

Zwei Kenner. „Ich habe meinem Jungen zur Einsegnung Goethes sämtliche Werke geschenkt." — „Mensch! Die „sämtlichen Werke" sind doch von Schiller!" — „Verflucht noch einmal! Da hat mich dieser Kerl von Buchhändler übers Ohr gehauen."

Noch zwei Kenner. Karl und Emma sind zu Besuch auf dem Lande. Sie sind entzückt und schwärmen von den Reizen des Landlebens. Nach dem Frühstück schlägt Karl als besonderes Vergnügen Spargelpflücken vor. Er hat gehört, daß das soviel Spaß macht. „Ach ja," ruft Emmachen, „Karl, Du wirst hinaufsteigen und pflücken, und ich werde Dir die Leiter halten."

Scherzfrage. Warum können Telephonistinnen niemals gute Krankenpflegerinnen sein? — Antwort: Weil sie so oft falsch verbinden.

Kamelhaar-Treibriemen

7476]

beste Qualität

liefert in allen Längen und Breiten

Woldemar Günter,

landwirtschaftliche Maschinen und Bedarfsartikel, Fette und Oele.

Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 6. — Tel. 52-25.

Verkauf von

Brennholzkloben.

Wir verkaufen, solange der Vorrat reicht, unsere

kieferne, birkene, erlene und gemischte [7557

Brennholzkloben

aus alten Beständen (Einschlag Dez. 1922, Jan. 1923) **frei Waggon** Vollbahnstation **Stawiany** (Strecke Gniezno-Wągrówiec) **in vollen Waggonladungen** (ca. 20 bis 38 rm) im Waggon bei **sofortiger Verladung** gegen vorhergehende Ueberweisung des vollen Betrages an unsere Bank. — Preis 80 000 Mk. pro 1 rm. — Reelle, bekannte Bedienung.

Die Forstverwaltung

der Herrschaft Stawiany, p. Rejówiec,

powiat Wągrówiec.

---

4 starke arbeitsfreudige

Zugochsen

stehen zum Verkauf.

Offerten unt. B. 7503 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Herrschaft Grocholin b. Keynia

verkauft

ca. 200 Stück Hammel,

100 „ Mutterschafe

und 60 Zutreter. [7505

Altes Eisen

Guß-, Schmelz- u. Roheisen, ca. 2 Waggons,

gegen **Höchstgebot abzugeben.**

Offerten mit **Preisangabe** unter **B. 7524** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

7535] **Engros-Abnehmer für**

Streich-Feuerzeuge in Buchform, vernickelt

gesucht. **Erich Bähle,** Wildau b. Berlin.



Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in ....

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat Juni 1923

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Die Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, Abteilg.:

Versand-Buchhandlung

liefert jetzt direkt an die Besteller folgende neue Werke und Zeitschriften:

Brockes, Die Herren der Erde. Erzählung.
Reckschies, Safarizauber. Jagdabenteuer.
Dreising, Heranbildung der Arbeitgeber.
Dr. Herzberger, Über Systeme hyperkomplexer Größen.
G. v. Bodelschwingh, Friedrich von Bodelschwingh. Leben und Lebenswerk.
Andès, Moderne Schuhcremes und Lederputzmittel.
G. W. Gessmann, Magnetismus und Hypnotismus.
Dr. Ohms, Lehrplan d. Kultur u. Gemeinschaftsschule.
Dr. Prof. v. Müller, Des deutschen Volkes Not und der Vertrag von Versailles.
Raff, „So lang der alte Peter." Ein Alt-Münchner Stadtbuch.
Heilmeyer, Das Isartal von Thalkirchen bis Schäftlarn mit Umgebung.
Dr. Buchenau, Kants Lehre vom kategorischen Imperativ.
Dr. Booth, Ethische Grundgedanken bei Spinoza, Kant und Fichte.
Braun, Das Heimglückbuch.
Dr. Pastor Schreiner, Reformatorisches u. revolutionäres Christentum.
Dr. Schreiner, Der Weg zu Gott und das Wunder.
Dr. Hanisch, Die Geschichte Polens.
Curtius, Maurice Barrès und die geistigen Grundlagen des französischen Nationalismus.
Landsberg, Die Welt des Mittelalters und wir.
Kuntz, Die völkerrechtliche Option.
Koeppel, Bilanzgrundsätze für die Einkommensteuer nach dem Geldentwertungsgesetz.
Koeppel, Welche Vorzüge gewährt die Vermögensanlage in Dollarschatzanweisungen?
Baronin v. Vietinghoff, Backfischchens Lehr- und Wanderjahre.
Scheler, Wesen und Formen der Sympathie.
Robert Teichmüller als Mensch und Künstler.
Schneider, Durch das obere Lahn- und Edertal. Marburg Erndtebrück. Führer.
Max Orlan, Die Reiterin Elsa.
Dr. med. Schilder, Seele und Leben.
Führer durch die deutschen Ostseebäder.
Michael, Führer für Pilzfreunde.
Baumgartner, Handbuch des Mühlenbaues und der Müllerei.
Loewenthal, Handbuch der Färberei der Spinnfasern.
Neues Wilhelm-Busch-Album.

Zeitschriften:

Die Woche. — Daheim. — Velhagen und Klasing's und **Westermann's** Monatshefte. — **Europäische Modenzeitung. — Für's Haus. — Deutsche Jägerzeitung. — Die Gartenlaube. — Der Bazar** (Frauen-Modeblatt). — **Vobachs Frauen- und Modenzeitung. — Elegante Mode** (14tägig).

Sämtliche Bestellungen,

auch solche von hier nicht angezeigten Büchern, Zeitschriften und Musikalien bitten wir

direkt an uns

zu senden!

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.



Gute, sichere Existenz mit Grundstück und Wohnung.

Ein **Spezial-Seifen- und Kolonialwarengeschäft** in belebter Straße, großer Laden mit 2 großen Schaufenstern, schönes Eckgrundstück, 2 Stock, 4 Fenster Front, Hinterhaus und Einfahrt in gutem Bauzustande, **sofort zu verkaufen.** Mittlere Kreisstadt, Mittel-Schlesien, mit kath. Gymnasium, Seminar, Lyzeum und div. Anstalten. Zum Kauf gehören sofort DR-Mark im Werte von ca. 2½ **Tausend Dollar.**

Anfragen unt. **R. 7548** an d. Geschäftsstelle des „Posener Tageblatts" erbeten.

Per sofort

zu kaufen gesucht:

1 Lokomobile (50 PS.),

2 Vollgatter,

2 Kreissägen,

eventl. auch Teilstücke. (7566

Offerten mit Preisangabe an die **Annoncen-Expedition Warschau,** Fredry 4, sub. **C. H.**

Reflektanten auf ca. [7547

10 Ztr. Johannisbeeren

wollen Offerte einreichen an das

Reichsgräflich Hochberg'sche Privatsekretariat

Schloß Goraj, pow. Czarnkowski.

Weißkohlpflanzen

hat abzugeben.

Dominium Kotowiecko, pow. **Pleszew.**

Teatr Pałacowy, Plac Wolności 6.

Vom 11. Juni ab täglich.

Das hervorragendste Meisterstück der kinematographischen Kunst:

Das Weib mit den Millionen.

Die Hauptrolle als Fürstin Smaragda Naburian kreiert:

Ellen Richter

in verschiedenen Verwandlungen als: Tänzerin, falscher Thronfolger, serbische Landfrau usw., was auf dem Untergrunde der malerischen Schönheiten des Ostens, ein aussergewöhnliches, hervorragend schönes Ganzes bildet. (686

Anfang um 4½, 6½ und 8½ Uhr.

Stellenangebote

Tücht., unverheirat.

Braugehilfe

wird von sofort oder später gesucht. Wohnung vorhanden. Bewerbungen m. Gehaltsanspr. sind zu richten an

Dirschauer Brauerei,

Tow. z ogr. poręką.

Tczew.

Sohn achtbarer Eltern

nicht unter 16 Jahren.

Der Lust hat Müller zu werden

kann sich melden. [7462

Fr. Nikolaiczik,

Mühlenbesitzer, Rogoźno.

Bankmäßig durchgebildeten Herrn

für **Vorstandsposten** einer größer. **Kreditgenossenschaft** zum **baldigen Antritt** gesucht. Poln. Staatsangehörigkeit Bedingung, polnische Sprachkenntnisse erwünscht. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen an den

Aufsichtsrat d. Bankvereins Sępólno, Sępólno

Hermann Walzer, Vorsitzender.

Für ein **Nebengut größerer Herrschaft** wird zum baldigen Antritt

jüngerer, gewandter

Brennereiverwalter

gesucht.

Offerten unter Beifügung des Lebenslaufes u. Zeugnisabschriften unt **M. 7561** a. d. Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Hofbeamter

zum 1. Juli gesucht.

Dom. Marszew, pow. **Pleszewski**

Stellengesuche

Wirtschafts-Inspektor,

ledig, in den 30er Jahren, theor. und prakt., kath., poln. sprechend, sucht Wirkungskreis. Off. unter **B. P. 2200** an **Rudolf Mosse, Breslau.**

Jung. Mädchen

aus achtbarer Familie wünscht sich auf einem Gute im **Haushalt zu vervollkommnen.** (Vom 1. Juli.) Bedingung: Familienanschl. Off. unter **M. 7545** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Wir suchen per sofort einen **tüchtigen, erfahrenen, verheirateten**

Müllergesellen

für Dauerstellung. Angebote sind unter **D. M. 7514** an die Geschäftsstelle d. Bl. zu richten.

Chauffeur

auf Landgut gesucht.

Zuverlässige, durchaus erfahrene **Bewerber** wollen Zeugnisabschriften und Empfehlungen an die Geschäftsstelle d. Blattes unter **R. 7553** einreichen.

Ankäufe u. Verkäufe

Für zahlungsfähige und schnellentschl. Käufer suchen wir

Güter

in jeder Art u. Größe. Off. erbitten an d. Vermittelungsbüro **Taszycki, Bydgoszcz, Dworcowa 13.** Tel. 780.

Suche zum 1. Juli

Köchin,

die etwas Hausarbeit übernimmt.

Fr. von Saenger, Oborniki.

Unverheirateter Förster,

25 Jahre alt, **sucht vom 1. Juli cr. oder von sofort Stellung,** evtl. **Dauerstellung.** Bin in allen Zweigen des Forstfachs bewandert (Kultur, Holzschlägen usw.), kann auch die Fischerei übernehmen. — Angebote unt. **R. 7385** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Wir bieten **antiquarisch** zum Kauf an:

Methode Toussaint-Langenscheidt

Polnisch.

Zum Selbstunterricht. 36 Unterrichtsbriefe und Beilagen. **Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A. Abt. Versandbuchhandg.** Poznań, Zwierzyniecka 6.

Auto, N. A. G., 6/16 PS, bereift, fahrfertig; **Autokarosserie,** zweisitzig, 1 Notsitz; **Elektromotor,** 3/4 PS, 220 Volt, mit angekuppeltem Vorgelege 1:50 untersetzt, preiswert zu **verkaufen.**

Paul Seler,

Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Einige Schaffelle

für **Reisepelze zu verkaufen.** Zu besichtig. bei **Sobkowski,** Wrocławska 9 (Breslauerstr.).

Kutschwagen

abzugeben **ulica Szypersta (Schifferstr.) 2.** (7568



Hersteller: **Urbin-Werke,** G. m. b. H. **Danzig, am Troyl,**
Vertreter: **M. Tita, Poznań, Grochowe Łąki 4.**